



Brüssel, den 20. November 2014
(OR. en)

**Interinstitutionelles Dossier:
2012/0360 (COD)**

**15414/14
ADD 1**

**JUSTCIV 285
EJUSTICE 109
CODEC 2225**

ADDENDUM ZUM VERMERK

des Vorsitzes
für den AStV/Rat

Nr. Vordok.: 10284/14 JUSTCIV 134 EJUSTICE 54 CODEC 1366 + ADD 1 + COR 1
 13276/14 JUSTCIV 224 EJUSTICE 80 CODEC 1835 + COR 1

Nr. Komm.dok.: 17833/12 JUSTCIV 365 CODEC 3077 + ADD 1 + ADD 2

Betr.: Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates
 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates über
 Insolvenzverfahren
 [erste Lesung]
 – Politische Einigung

1. Die Delegationen erhalten in der Anlage den unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament geänderten Wortlaut des obengenannten Vorschlags, den der Vorsitz im Hinblick auf die Erzielung einer politischen Einigung auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) am 4./5. Dezember 2014 vorschlägt.
2. Der Vorschlag wird als eine Neufassung der Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über Insolvenzverfahren ("Insolvenzverordnung") präsentiert. Änderungen gegenüber dem Wortlaut der Insolvenzverordnung sind durch **Fettdruck**¹ gekennzeichnet.

¹ Der Text in **Fettdruck** wurde auf der Grundlage des Dokuments 10284/14 JUSTCIV 134 EJUSTICE 54 CODEC 1366 + ADD 1 + COR 1 und des Dokuments 13276/14 JUSTCIV 224 EJUSTICE 80 CODEC 1835 + COR 1 verfasst, und zwar unter Berücksichtigung der in Dokument 14891/14 JUSTCIV 267 EJUSTICE 102 CODEC 2141 enthaltenen geringfügigen technischen Anpassungen und der Ergebnisse der Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament in Bezug auf die Erwägungsgründe 21 und 30 und auf Artikel 3 Absatz 1.

VERORDNUNG [...] (EU) Nr. [...] **DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES**
vom [...] über Insolvenzverfahren

(Neufassung)

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION –

gestützt auf den Vertrag [...] **über die Arbeitsweise** der Europäischen [...] **Union**, insbesondere auf Artikel [...] **81**,

[...]

auf Vorschlag der Europäischen Kommission,

[...]

nach Zuleitung des Entwurfs des Gesetzgebungsakts an die nationalen Parlamente,

nach Stellungnahme des **Europäischen** Wirtschafts- und Sozialausschusses²,

gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren,

nach Anhörung des Europäischen Datenschutzbeauftragten³,

in Erwägung nachstehender Gründe:

² ABl. C [...] vom [...], S. [...].

³ ABl. C [...] vom [...], S. [...].

- (1) **Die Kommission hat am 12. Dezember 2012 einen Bericht über die Anwendung der Verordnung des Rates (EG) Nr. 1346/2000 über Insolvenzverfahren angenommen. Dem Bericht zufolge funktioniert die Verordnung im Allgemeinen gut, doch sollte die Anwendung einiger Vorschriften verbessert werden, um grenzüberschreitende Insolvenzverfahren noch effizienter abwickeln zu können. Da die Verordnung bereits mehrfach geändert wurde⁴ und weitere Änderungen erfolgen sollen, sollte aus Gründen der Klarheit eine Neufassung dieser Verordnung vorgenommen werden.**
- (2) Die Europäische Union hat sich die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zum Ziel gesetzt.
- (3) Für ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarktes sind effiziente und wirksame grenzüberschreitende Insolvenzverfahren erforderlich; die Annahme dieser Verordnung ist zur Verwirklichung dieses Ziels erforderlich, das in den Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen im Sinne des Artikels [...] **81** des Vertrags fällt.
- (4) Die Geschäftstätigkeit von Unternehmen greift mehr und mehr über die einzelstaatlichen Grenzen hinaus und unterliegt damit in zunehmendem Maß den Vorschriften des [...] **Unionsrechts**. Da die Insolvenz solcher Unternehmen auch nachteilige Auswirkungen auf das ordnungsgemäße Funktionieren des Binnenmarktes hat, bedarf es eines [...] Rechtsakts der **Union**, der eine Koordinierung der Maßnahmen in Bezug auf das Vermögen eines zahlungsunfähigen Schuldners vorschreibt.
- (5) **Im Interesse eines ordnungsgemäßen Funktionierens des Binnenmarkts muss verhindert werden, dass es für die Parteien vorteilhafter ist, Vermögensgegenstände oder Gerichtsverfahren von einem Mitgliedstaat in einen anderen zu verlagern, um auf diese Weise eine günstigere Rechtsstellung zum Nachteil der Gesamtheit der Gläubiger zu erlangen ("Forum Shopping").**
- (5) [...] ⁵

⁴ Siehe Anhang C.

⁵ Siehe den neuen Erwägungsgrund 80.

(6) [...]

(6) **Diese Verordnung sollte Vorschriften enthalten, die die Zuständigkeit für die Eröffnung von Insolvenzverfahren und für Klagen regeln, die sich direkt aus diesen Insolvenzverfahren ableiten und eng damit verknüpft sind. Darüber hinaus sollte diese Verordnung Vorschriften für die Anerkennung und Vollstreckung von in solchen Verfahren ergangenen Entscheidungen sowie Vorschriften über das auf Insolvenzverfahren anwendbare Recht enthalten. Sie sollte auch die Koordinierung von Insolvenzverfahren regeln, die sich gegen denselben Schuldner oder gegen Mitglieder derselben Unternehmensgruppe richten.**

(7) **Konkurse, Vergleiche und ähnliche Verfahren sowie damit zusammenhängende Klagen sind vom Anwendungsbereich der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen ausgenommen⁶. Für diese Verfahren sollte die vorliegende Verordnung gelten. Die vorliegende Verordnung ist so auszulegen, dass Rechtslücken zwischen den beiden vorgenannten Rechtsinstrumenten so weit wie möglich vermieden werden.**

Allerdings sollte der alleinige Umstand, dass ein nationales Verfahren nicht in Anhang A dieser Verordnung aufgeführt ist, nicht bedeuten, dass dieses Verfahren unter die Verordnung (EG) Nr. 1215/2012 des Rates fällt.

⁶ ABl. L 351 vom 20.12.2012, S. 1.

- (8) Zur Verwirklichung des Ziels einer Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit der Insolvenzverfahren mit grenzüberschreitender Wirkung ist es notwendig und angemessen, die Bestimmungen über den Gerichtsstand, die Anerkennung und das anwendbare Recht in diesem Bereich in einem gemeinschaftlichen Rechtsakt zu bündeln, der in den Mitgliedstaaten verbindlich ist und unmittelbar gilt.
- (9) **Diese Verordnung sollte für alle Insolvenzverfahren gelten, die die in dieser Verordnung festgelegten Voraussetzungen erfüllen, unabhängig davon, ob es sich beim Schuldner um eine natürliche oder juristische Person, einen Kaufmann oder eine Privatperson handelt.**

Diese Insolvenzverfahren sind erschöpfend in Anhang A aufgeführt. Bei in Anhang A aufgeführten nationalen Verfahren sollte diese Verordnung Anwendung finden, ohne dass die Gerichte eines anderen Mitgliedstaats die Anwendungsvoraussetzungen dieser Verordnung nachprüfen. Ist ein nationales Insolvenzverfahren nicht in Anhang A aufgeführt, so sollte dieses Verfahren nicht in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen.

- (10) **In den Anwendungsbereich dieser Verordnung sollten Verfahren einbezogen werden, die die Sanierung wirtschaftlich bestandsfähiger Unternehmen, die sich jedoch in finanziellen Schwierigkeiten befinden, begünstigen und Unternehmern eine zweite Chance bieten. Einbezogen werden sollten vor allem Verfahren, die auf eine Sanierung des Schuldners in einer Situation gerichtet sind, in der lediglich die Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz besteht, und Verfahren, bei denen der Schuldner ganz oder teilweise die Kontrolle über seine Insolvenzmasse behält. Der Anwendungsbereich sollte sich auch auf Verfahren erstrecken, die eine Schuldbefreiung oder eine Schuldenanpassung von Verbrauchern und Selbständigen zum Ziel haben, indem z.B. der vom Schuldner zu zahlende Betrag verringert oder die dem Schuldner gewährte Zahlungsfrist verlängert wird. Da für diese Verfahren nicht unbedingt ein Insolvenzverwalter bestellt werden muss, sollten sie unter diese Verordnung fallen, wenn sie der Kontrolle oder Aufsicht eines Gerichts unterliegen. In diesem Zusammenhang sollte der Ausdruck "Kontrolle" auch Situationen einschließen, in denen ein Gericht nur aufgrund des Rechtsmittels eines Gläubigers oder anderer Parteien tätig wird.**

- (11) **Diese Verordnung sollte auch für Verfahren gelten, die einen vorläufigen Aufschub von Vollstreckungsmaßnahmen einzelner Gläubiger gewähren, wenn derartige Maßnahmen die Verhandlungen beeinträchtigen und die Aussichten auf eine Sanierung des Unternehmens des Schuldners mindern könnten. Diese Verfahren sollten sich nicht nachteilig auf die Gesamtheit der Gläubiger auswirken und sollten anderen Verfahren, die in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fallen, vorausgehen, wenn keine Einigung zu einem Sanierungsplan erzielt werden kann.**
- (12) **Diese Verordnung sollte für Verfahren gelten, deren Eröffnung öffentlich bekanntzugeben ist, damit Gläubiger über das Verfahren informiert werden und ihre Forderungen anmelden können, um somit die kollektive Natur des Verfahrens sicherzustellen, und damit es den Gläubigern ermöglicht wird, die Zuständigkeit des Gerichts anzufechten, das das Verfahren eingeleitet hat.**

Dementsprechend sollte sich diese Verordnung nicht auf vertraulich geführte Insolvenzverfahren erstrecken. Diese Verfahren mögen zwar in manchen Mitgliedstaaten von großer Bedeutung sein, doch ist es aufgrund ihrer Vertraulichkeit unmöglich, dass ein Gläubiger oder Gericht in einem anderen Mitgliedstaat Kenntnis von der Eröffnung eines solchen Verfahrens hat, so dass es schwierig ist, für die unionsweite Anerkennung seiner Wirkungen zu sorgen.

- (13) **Ein Gesamtverfahren, das in den Anwendungsbereich dieser Verordnung fällt, sollte alle oder einen wesentlichen Teil der Gläubiger des Schuldners einschließen, auf die die gesamten oder ein erheblicher Anteil der Verbindlichkeiten des Schuldners entfallen, vorausgesetzt, dass die Forderungen der Gläubiger, die sich nicht an einem solchen Verfahren beteiligen, davon unberührt bleiben. Dies sollte auch Verfahren einschließen, die nur die finanziellen Gläubiger des Schuldners betreffen. Ein Verfahren, das nicht alle Gläubiger des Schuldners einschließt, sollte ein Verfahren sein, dessen Ziel die Rettung des Schuldners ist. Ein Verfahren, das zur endgültigen Einstellung der Unternehmenstätigkeit des Schuldners oder zur Verwertung seines Vermögens führt, sollte alle Gläubiger des Schuldners einschließen. Einige Insolvenzverfahren für natürliche Personen schließen bestimmte Arten von Forderungen, wie etwa Unterhaltsforderungen, von der Möglichkeit einer Schuldenbefreiung aus, was aber nicht bedeuten sollte, dass diese Verfahren keine Gesamtverfahren sind.**
- (14) **Diese Verordnung sollte auch für Verfahren gelten, die nach dem Recht einiger Mitgliedstaaten für eine bestimmte Zeit vorläufig oder einstweilig eröffnet und durchgeführt werden können, bevor ein Gericht durch eine Entscheidung die Fortführung des Verfahrens als nicht vorläufiges Verfahren bestätigt. Abgesehen davon, dass diese Verfahren für "vorläufig" erklärt wurden, sollten sie alle anderen Anforderungen dieser Verordnung erfüllen.**
- (15) **Diese Verordnung sollte für Verfahren gelten, die sich auf eine gesetzliche Regelung zur Insolvenz stützen. Allerdings sollten Verfahren, die sich auf allgemeines Gesellschaftsrecht stützen, das nicht ausschließlich auf Insolvenzfälle ausgerichtet ist, nicht als Verfahren gelten, die sich auf eine gesetzliche Regelung zur Insolvenz stützen. Entsprechend sollten Verfahren zur Schuldenanpassung keine spezifischen Verfahren umfassen, in denen es um den Erlass von Schulden einer natürlichen Person mit sehr geringem Einkommen und Vermögen geht, sofern derartige Verfahren nie auf eine Zahlung an Gläubiger abstellen.**

- (16) **Der Anwendungsbereich der Verordnung sollte auf Verfahren ausgeweitet werden, die eingeleitet werden, wenn sich ein Schuldner in nicht finanziellen Schwierigkeiten befindet, allerdings nur, wenn diese Schwierigkeiten das tatsächliche und erhebliche Risiko bergen, dass der Schuldner gegenwärtig oder in Zukunft seine Verbindlichkeiten bei Fälligkeit nicht begleichen kann. Der maßgebliche Zeitraum zur Feststellung einer solchen Gefahr kann mehrere Monate oder auch länger betragen, um Fällen Rechnung zu tragen, in denen sich der Schuldner in nicht finanziellen Schwierigkeiten befindet, die seine Unternehmensfortführung und mittelfristig seine Liquidität gefährden. Dies kann beispielsweise der Fall sein, wenn der Schuldner einen Auftrag verloren hat, der für ihn überaus wichtig war.**
- (17) **Die Vorschriften über die Rückforderung staatlicher Beihilfen von insolventen Unternehmen, wie sie nach der ständigen Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ausgelegt worden sind, sollten von dieser Verordnung unberührt bleiben.**
- (18) **Insolvenzverfahren über das Vermögen von Versicherungsunternehmen, Kreditinstituten, Wertpapierfirmen und anderen Firmen, Einrichtungen oder Unternehmen, soweit sie unter die (geänderte) Richtlinie 2001/24/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. April 2001 über die Sanierung und Liquidation von Kreditinstituten⁷ fallen, und Organismen für gemeinsame Anlagen sollten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung ausgenommen werden. Diese Unternehmen sollten von dieser Verordnung nicht erfasst werden, da für sie besondere Vorschriften gelten und die nationalen Aufsichtsbehörden weitreichende Eingriffsbefugnisse haben.**
- (19) **Insolvenzverfahren sind nicht zwingend mit dem Eingreifen eines Gerichts verbunden; der Ausdruck "Gericht" in dieser Verordnung sollte daher in einigen Bestimmungen weit ausgelegt werden und jede Person oder Stelle bezeichnen, die nach einzelstaatlichem Recht befugt ist, ein Insolvenzverfahren zu eröffnen. Damit diese Verordnung Anwendung findet, muss es sich aber um ein Verfahren (mit den entsprechenden Rechtshandlungen und Formalitäten) handeln, das nicht nur im Einklang mit dieser Verordnung steht, sondern auch in dem Mitgliedstaat der Eröffnung des Insolvenzverfahrens offiziell anerkannt und rechtsgültig ist.**

⁷ ABl. L 125 vom 5.5.2001, S. 15.

- (20) **Insolvenzverwalter sind in dieser Verordnung definiert und in Anhang B aufgeführt. Insolvenzverwalter, die ohne Beteiligung eines Justizorgans bestellt werden, sollten nach nationalem Recht einer angemessenen Berufsaufsicht unterliegen und für die Wahrnehmung von Aufgaben in Insolvenzverfahren zugelassen sein, und der nationale Regelungsrahmen sollte angemessene Vorschriften über potenzielle Interessenkonflikte umfassen.**
- (21) Diese Verordnung geht von der Tatsache aus, dass aufgrund der großen Unterschiede im materiellen Recht ein einziges Insolvenzverfahren mit universaler Geltung für die gesamte [...] **Union** nicht realisierbar ist. Die ausnahmslose Anwendung des Rechts des Staates der Verfahrenseröffnung würde vor diesem Hintergrund häufig zu Schwierigkeiten führen. Dies gilt etwa für die in der [...] **Union** sehr unterschiedlich ausgeprägten Sicherungsrechte. Aber auch die Vorrechte einzelner Gläubiger im Insolvenzverfahren sind teilweise völlig verschieden ausgestaltet. **Bei der nächsten Überprüfung dieser Verordnung ist es erforderlich, weitere Maßnahmen im Hinblick darauf zu ermitteln, die Vorrechte der Arbeitnehmer auf europäischer Ebene zu verbessern.** Diese Verordnung sollte dem auf zweierlei Weise Rechnung tragen: Zum einen sollten Sonderanknüpfungen für besonders bedeutsame Rechte und Rechtsverhältnisse vorgesehen werden (z. B. dingliche Rechte und Arbeitsverträge). Zum anderen sollten neben einem Hauptinsolvenzverfahren mit universaler Geltung auch innerstaatliche Verfahren zugelassen werden, die lediglich das im Eröffnungsstaat belegene Vermögen erfassen.
- (22) Diese Verordnung gestattet die Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat. Dieses Verfahren hat universale Geltung mit dem Ziel, das gesamte Vermögen des Schuldners zu erfassen. Zum Schutz der unterschiedlichen Interessen gestattet diese Verordnung die Eröffnung von Sekundärinsolvenzverfahren parallel zum Hauptinsolvenzverfahren. Ein Sekundärinsolvenzverfahren kann in dem Mitgliedstaat eröffnet werden, in dem der Schuldner eine Niederlassung hat. Seine Wirkungen sind auf das in dem betreffenden Mitgliedstaat belegene Vermögen des Schuldners beschränkt. Zwingende Vorschriften für die Koordinierung mit dem Hauptinsolvenzverfahren tragen dem Gebot der Einheitlichkeit des Verfahrens in der [...] **Union** Rechnung.

- (23) **Wird gegen eine juristische Person oder eine Gesellschaft ein Hauptinsolvenzverfahren in einem anderen Mitgliedstaat als dem, in dem sie ihren Sitz hat, eröffnet, so sollte die Möglichkeit bestehen, unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union ein Sekundärinsolvenzverfahren in dem Mitgliedstaat zu eröffnen, in dem sie ihren Sitz hat, sofern der Schuldner einer wirtschaftlichen Aktivität nachgeht, die den Einsatz von Personal und Vermögenswerten in diesem Mitgliedstaat voraussetzt.**
- (24) Diese Verordnung gilt nur für Verfahren, bei denen der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners in der [...] Union liegt.
- (25) Die Zuständigkeitsvorschriften dieser Verordnung legen nur die internationale Zuständigkeit fest, das heißt, sie geben den Mitgliedstaat an, dessen Gerichte Insolvenzverfahren eröffnen dürfen. Die innerstaatliche Zuständigkeit des betreffenden Mitgliedstaats muss nach dem nationalen Recht des betreffenden Staates bestimmt werden.
- (26) **Vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens sollte das zuständige Gericht von Amts wegen prüfen, ob sich der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners oder dessen Niederlassung tatsächlich in seinem Zuständigkeitsbereich befindet.**
- (27) **Bei der Beantwortung der Frage, ob der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners für Dritte feststellbar ist, sollte besonders berücksichtigt werden, welchen Ort die Gläubiger als denjenigen wahrnehmen, an dem der Schuldner der Verwaltung seiner Interessen nachgeht. Hierfür kann es erforderlich sein, dass der Schuldner die Gläubiger im Fall einer Verlegung des Mittelpunkts seiner hauptsächlichen Interessen zeitnah über den neuen Ort unterrichtet, an dem er seine Tätigkeiten ausübt, z.B. durch Hervorhebung der Adressänderung in der Geschäftskorrespondenz, oder den neuen Ort in einer anderen geeigneten Weise veröffentlicht.**
- (28) **Diese Verordnung sollte eine Reihe von Schutzklauseln enthalten, um eine Wahl des Gerichtsstands in betrügerischer oder missbräuchlicher Absicht ("Forum Shopping") zu verhindern.**

- (29) **Folglich sollten die Annahmen, dass der Sitz, die Hauptniederlassung und der gewöhnliche Aufenthalt der Mittelpunkt des hauptsächlichen Interesses ist, widerlegbar sein, und das Gericht sollte sorgfältig prüfen, ob sich der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen des Schuldners tatsächlich in diesem Mitgliedstaat befindet.**

Bei einer Gesellschaft sollte diese Vermutung widerlegt werden können, wenn sich die Hauptverwaltung der Gesellschaft in einem anderen Mitgliedstaat befindet als der Sitz und wenn eine Gesamtbetrachtung aller relevanten Faktoren die von Dritten überprüfbare Feststellung zulässt, dass sich der tatsächliche Mittelpunkt der Verwaltung und der Kontrolle der Gesellschaft sowie der Verwaltung ihrer Interessen in diesem anderen Mitgliedstaat befindet.

Bei einer natürlichen Person, die keine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, sollte diese Vermutung widerlegt werden können, wenn sich z.B. der Großteil des Vermögens des Schuldners außerhalb des Mitgliedstaats des gewöhnlichen Aufenthalts des Schuldners befindet oder wenn festgestellt werden kann, dass der Hauptgrund für den Umzug darin bestand, einen Insolvenzantrag bei dem neuen zuständigen Gericht zu stellen, und die Interessen der Gläubiger, die vor der Verlagerung eine Rechtsbeziehung mit dem Schuldner eingegangen sind, durch einen solchen Insolvenzantrag wesentlich beeinträchtigt würden.

- (30) **Im Rahmen desselben Ziels der Verhinderung einer Wahl des Gerichtsstands in betrügerischer oder missbräuchlicher Absicht ("Forum Shopping") sollte die Vermutung, dass der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen der Sitz, die Hauptniederlassung der natürlichen Person bzw. der gewöhnliche Aufenthalt der natürlichen Person ist, nicht gelten, wenn – im Falle einer Gesellschaft, einer juristischen Person oder einer natürlichen Person, die eine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, – der Schuldner seinen Sitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem Zeitraum von sechs Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt hat, oder – im Falle einer natürlichen Person, die keine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts ist, – wenn der Schuldner seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem Zeitraum von sechs Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt hat.**

- (31) **In allen Fällen sollte das Gericht – falls die Umstände des Falls Anlass zu Zweifeln an seiner Zuständigkeit geben – den Schuldner auffordern, zusätzliche Nachweise für seine Behauptung vorzulegen, und den Gläubigern des Schuldners Gelegenheit geben, sich zur Frage der Zuständigkeit zu äußern, falls das für Insolvenzverfahren geltende Recht dies erlaubt.**
- (32) **Stellt das mit dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befasste Gericht fest, dass der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen nicht in seinem Gebiet liegt, so sollte es das Hauptinsolvenzverfahren nicht eröffnen.**
- (33) **Allen Gläubigern des Schuldners sollte darüber hinaus ein wirksamer Rechtsbehelf gegen die Entscheidung zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zustehen. Die Folgen einer Anfechtung der Entscheidung zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens sollten dem nationalen Recht unterliegen.**
- (13) [...]
- (34) **Das mitgliedstaatliche Gericht, das das Insolvenzverfahren eröffnet hat, sollte auch für Klagen zuständig sein, die sich direkt aus dem Insolvenzverfahren ableiten und eng damit verknüpft sind. Zu solchen Klagen gehören unter anderem Anfechtungsklagen gegen Beklagte in anderen Mitgliedstaaten und Klagen in Bezug auf Verpflichtungen, die sich im Verlauf des Insolvenzverfahrens ergeben, wie z.B. Vorschüsse für Verfahrenskosten. Im Gegensatz dazu leiten sich Klagen wegen der Erfüllung von Verpflichtungen aus einem Vertrag, der vom Schuldner vor der Eröffnung des Verfahrens abgeschlossen wurde, nicht unmittelbar aus dem Verfahren ab. Steht eine solche Klage im Zusammenhang mit einer anderen zivil- oder handelsrechtlichen Klage, so sollte der Insolvenzverwalter beide Klagen vor die Gerichte am Sitz oder Wohnsitz des Beklagten bringen können, wenn er sich von einer Zusammenführung der Klagen an diesem Gerichtsstand einen Effizienzgewinn verspricht. Dies wäre beispielsweise dann der Fall, wenn der Insolvenzverwalter eine insolvenzrechtliche Haftungsklage gegen einen Geschäftsführer mit einer gesellschaftsrechtlichen oder deliktsrechtlichen Klage verbinden will.**

- (35) Das für die Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens zuständige Gericht sollte zur Anordnung einstweiliger Sicherungsmaßnahmen ab dem Zeitpunkt des Antrags auf Verfahrenseröffnung befugt sein. Sicherungsmaßnahmen sowohl vor als auch nach Beginn des Insolvenzverfahrens sind zur Gewährleistung der Wirksamkeit des Insolvenzverfahrens von großer Bedeutung. Diese Verordnung sollte hierfür verschiedene Möglichkeiten vorsehen. Zum einen sollte das für das Hauptinsolvenzverfahren zuständige Gericht vorläufige Sicherungsmaßnahmen auch über Vermögensgegenstände anordnen können, die im Hoheitsgebiet anderer Mitgliedstaaten belegen sind. Zum anderen sollte ein vor Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens bestellter vorläufiger [...] **Insolvenzverwalter** in den Mitgliedstaaten, in denen sich eine Niederlassung des Schuldners befindet, die nach dem Recht dieser Mitgliedstaaten möglichen Sicherungsmaßnahmen beantragen können.
- (36) **Das Recht, vor der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner eine Niederlassung hat, zu beantragen, sollte nur lokalen Gläubigern und Behörden zustehen beziehungsweise auf Fälle beschränkt sein, in denen das Recht des Mitgliedstaats, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat, die Eröffnung eines Hauptinsolvenzverfahrens nicht zulässt. Der Grund für diese Beschränkung ist, dass die Fälle, in denen die Eröffnung eines Partikularverfahrens vor dem Hauptinsolvenzverfahren beantragt wird, auf das unumgängliche Maß beschränkt werden sollen.**
- (37) Das Recht, nach der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner eine Niederlassung hat, zu beantragen, wird durch diese Verordnung nicht beschränkt. Der [...] **Insolvenzverwalter** des Hauptverfahrens oder jede andere, nach dem Recht des betreffenden Mitgliedstaats dazu befugte Person sollte die Eröffnung eines Sekundärverfahrens beantragen können.

- (38) **Diese Verordnung sollte Vorschriften für die Belegenheit der Vermögenswerte des Schuldners vorsehen, und diese Vorschriften sollten bei der Feststellung, welche Vermögenswerte zur Masse des Haupt- oder des Sekundärinsolvenzverfahrens gehören, oder auf Situationen, in denen die dinglichen Rechte Dritter betroffen sind, Anwendung finden. Insbesondere sollte in dieser Verordnung festgelegt werden, dass Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung, eine Gemeinschaftsmarke oder jedes andere ähnliche Recht, wie das gemeinschaftliche Sortenschutzrecht oder das Gemeinschaftsgeschmacksmuster, nur in das Hauptverfahren mit einbezogen werden dürfen.**
- (39) Ein Sekundärinsolvenzverfahren kann neben dem Schutz der inländischen Interessen auch anderen Zwecken dienen. Dies kann der Fall sein, wenn [...] **die Insolvenzmasse** des Schuldners zu verschachtelt ist, um als ganzes verwaltet zu werden, oder weil die Unterschiede in den betroffenen Rechtssystemen so groß sind, dass sich Schwierigkeiten ergeben können, wenn das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung seine Wirkung in den anderen Staaten, in denen Vermögensgegenstände belegen sind, entfaltet. Aus diesem Grund kann der [...] **Insolvenzverwalter** des Hauptverfahrens die Eröffnung eines Sekundärverfahrens beantragen, wenn dies für die effiziente Verwaltung der Masse erforderlich ist.
- (40) **Sekundärinsolvenzverfahren können eine effiziente Verwaltung der Insolvenzmasse allerdings auch behindern. Daher sind in dieser Verordnung zwei spezifische Situationen vorgesehen, in denen das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens befassende Gericht auf Antrag des Insolvenzverwalters des Hauptinsolvenzverfahrens die Eröffnung eines solchen Verfahrens vertagen oder ablehnen können sollte. Erstens erhält der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens im Rahmen dieser Verordnung die Möglichkeit, den lokalen Gläubigern die Zusicherung zu geben, dass sie so behandelt werden, als wäre das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden. Bei dieser Zusicherung sind eine Reihe von in der Verordnung festgelegten Bedingungen zu erfüllen, insbesondere muss sie von einer qualifizierten Mehrheit der lokalen Gläubiger gebilligt werden. Wurde eine solche Zusicherung gegeben, so sollte das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens befassende Gericht die Eröffnung ablehnen können, wenn es der Überzeugung ist, dass die Zusicherung das allgemeine Interesse der lokalen Gläubiger angemessen schützt. Das Gericht sollte bei der Beurteilung dieses Interesses die Tatsache berücksichtigen, dass die Zusicherung von einer qualifizierten Mehrheit der lokalen Gläubiger gebilligt worden ist.**

- (41) Für die Zwecke dieser Zusicherung sollten die in dem Mitgliedstaat, in dem der Schuldner eine Niederlassung hat, belegenen Vermögenswerte und Rechte eine Unterklasse der Insolvenzmasse bilden, und der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens sollte bei ihrer Verteilung bzw. der Verteilung des aus ihrer Verwertung erzielten Erlöses die Vorzugsrechte wahren, die Gläubiger bei Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens in diesem Mitgliedstaat hätten.
- (42) Für die Billigung der Zusicherung sollte gegebenenfalls das nationale Recht gelten. Insbesondere sollten Forderungen der Gläubiger für die Zwecke der Abstimmung über die Zusicherung als gebilligt gelten, wenn die Abstimmungsregeln für die Billigung eines Sanierungsplans nach nationalem Recht die vorherige Billigung dieser Forderungen vorschreiben. Gibt es nach nationalem Recht unterschiedliche Verfahren für die Billigung von Sanierungsplänen, so sollten die Mitgliedstaaten das spezifische Verfahren benennen, das in diesem Zusammenhang maßgeblich sein sollte.
- (43) Darüber hinaus sollte in dieser Verordnung die Möglichkeit vorgesehen werden, dass das Gericht die Eröffnung des Sekundärverfahrens vorläufig aussetzt, wenn im Hauptverfahren ein vorläufiger Aufschub eines Einzelvollstreckungsverfahrens gewährt wurde, um die Wirksamkeit dieses Aufschubs zu wahren. Das Gericht sollte die vorläufige Aussetzung gewähren können, wenn es der Überzeugung ist, dass geeignete Maßnahmen zum Schutz des Interesses der lokalen Gläubiger bestehen. In diesem Fall sollten alle Gläubiger, die von dem Ergebnis der Verhandlungen über einen Sanierungsplan betroffen sein könnten, über diese Verhandlungen informiert werden und daran teilnehmen können.

Im Interesse eines wirksamen Schutzes lokaler Interessen sollte es dem Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens nicht möglich sein, das in dem Mitgliedstaat der Niederlassung belegene Vermögen missbräuchlich zu verwerten oder missbräuchlich an einen anderen Ort zu bringen, insbesondere wenn dies in der Absicht geschieht, die wirksame Befriedigung dieser Interessen für den Fall, dass zu einem späteren Zeitpunkt ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet wird, zu vereiteln.

- (44) **Diese Verordnung sollte die Gerichte der Mitgliedstaaten, in denen Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet wurden, in keiner Weise daran hindern, gegen Mitglieder der Geschäftsleitung des Schuldners Sanktionen wegen etwaiger Pflichtverletzung zu verhängen, sofern diese Gerichte nach nationalem Recht für diese Streitigkeiten zuständig sind.**
- (45) **Hauptinsolvenzverfahren und Sekundärinsolvenzverfahren können dann zur wirksamen Verwaltung der Schuldnermasse oder der effizienten Verwertung der Insolvenzmasse beitragen, wenn die an allen parallelen Verfahren beteiligten Akteure ordnungsgemäß zusammenarbeiten. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist, dass die verschiedenen beteiligten Insolvenzverwalter und Gerichte eng zusammenarbeiten, insbesondere indem sie sich gegenseitig ausreichend informieren. Um die dominierende Rolle des Hauptinsolvenzverfahrens sicherzustellen, sollten dem Insolvenzverwalter dieses Verfahrens mehrere Einwirkungsmöglichkeiten auf gleichzeitig anhängige Sekundärinsolvenzverfahren gegeben werden. Der Insolvenzverwalter sollte insbesondere einen Sanierungsplan oder Vergleich vorschlagen oder die Aussetzung der Verwertung der Masse im Sekundärinsolvenzverfahren beantragen können. Bei ihrer Zusammenarbeit sollten Insolvenzverwalter und Gerichte den in grenzüberschreitenden Insolvenzfällen bewährten Praktiken folgen, wie sie in den Kommunikations- und Kooperationsgrundsätzen und -leitlinien, die von europäischen und internationalen Organisationen auf dem Gebiet des Insolvenzrechts ausgearbeitet worden sind, dargelegt sind, insbesondere den einschlägigen Leitlinien der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht.**

- (46) **Im Hinblick auf diese Zusammenarbeit können Insolvenzverwalter und Gerichte Vereinbarungen und Protokolle schließen, die der Erleichterung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Koordinierung mehrerer Insolvenzverfahren in verschiedenen Mitgliedstaaten über das Vermögen desselben Schuldners oder von Mitgliedern derselben Unternehmensgruppe dienen, sofern dies mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist. Diese Vereinbarungen und Protokolle können in Form (schriftlich oder mündlich) und Umfang (von allgemein bis spezifisch) variieren und von verschiedenen Parteien geschlossen werden. In einfachen allgemeinen Vereinbarungen kann auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit der Parteien hingewiesen werden, ohne dass dabei auf konkrete Punkte eingegangen wird, während in spezifischen Vereinbarungen ein Rahmen von Grundsätzen für mehrere Insolvenzverfahren festgelegt werden und von den beteiligten Gerichten gebilligt werden kann, sofern die nationalen Rechtsvorschriften dies erfordern. In ihnen kann zum Ausdruck gebracht werden, dass Einvernehmen unter den Parteien besteht, bestimmte Schritte zu unternehmen oder Maßnahmen zu treffen bzw. davon abzusehen.**
- (47) **In ähnlicher Weise kann die Zusammenarbeit von Gerichten verschiedener Mitgliedstaaten in der Koordinierung der Bestellung von Insolvenzverwaltern bestehen. In diesem Zusammenhang können sie einen einzigen Insolvenzverwalter für mehrere Insolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners oder verschiedener Mitglieder einer Unternehmensgruppe bestellen, vorausgesetzt, dies ist mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften – insbesondere mit etwaigen Anforderungen an die Qualifikation und Zulassung von Insolvenzverwaltern – vereinbar.**
- (48) **Diese Verordnung sollte gewährleisten, dass Insolvenzverfahren über das Vermögen verschiedener Gesellschaften, die derselben Unternehmensgruppe angehören, effizient geführt werden.**

- (49) **Wurden gegen mehrere Gesellschaften derselben Unternehmensgruppe Insolvenzverfahren eröffnet, so sollten die an diesen Verfahren beteiligten Akteure ordnungsgemäß zusammenarbeiten. Die verschiedenen beteiligten Insolvenzverwalter und Gerichte sollten deshalb in ähnlicher Weise wie die Insolvenzverwalter und Gerichte in gegen denselben Schuldner gerichteten Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren verpflichtet sein, miteinander zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten. Die Zusammenarbeit der Insolvenzverwalter sollte niemals den Interessen der Gläubiger in den einzelnen Verfahren zuwiderlaufen, und das Ziel dieser Zusammenarbeit sollte sein, eine Lösung zu finden, durch die Synergien innerhalb der Gruppe ausgeschöpft werden.**
- (50) **Durch die Einführung von Vorschriften über die Insolvenz von Unternehmensgruppen sollte ein Gericht nicht in seiner Möglichkeit eingeschränkt werden, Insolvenzverfahren gegen mehrere Gesellschaften, die derselben Unternehmensgruppe angehören, nur an einem Gerichtsstand zu eröffnen, wenn es feststellt, dass der Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen dieser Gesellschaften in einem einzigen Mitgliedstaat liegt. In diesen Fällen sollte das Gericht für alle Verfahren gegebenenfalls dieselbe Person als Insolvenzverwalter bestellen können, sofern dies mit den dafür geltenden Vorschriften vereinbar ist.**
- (51) **Um die Koordinierung der Insolvenzverfahren gegen Mitglieder einer Unternehmensgruppe weiter zu verbessern und eine koordinierte Sanierung der Gruppe zu ermöglichen, sollten mit dieser Verordnung Verfahrensvorschriften für die Koordinierung der Insolvenzverfahren gegen Mitglieder einer Unternehmensgruppe eingeführt werden. Bei dieser Koordinierung sollte darauf hingewirkt werden, dass die Effizienz der Koordinierung gewährleistet wird, wobei gleichzeitig die eigene Rechtspersönlichkeit jedes einzelnen Gruppenmitglieds zu achten ist.**

- (52) Ein Insolvenzverwalter, der in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds einer Unternehmensgruppe bestellt worden ist, sollte die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens beantragen können. Allerdings sollte diesem Insolvenzverwalter vor der Einreichung eines solchen Antrags die erforderliche Genehmigung erteilt werden, sofern das für das Insolvenzverfahren geltende Recht dies vorschreibt. Im Antrag sollten die wesentlichen Elemente der Koordinierung angegeben werden, insbesondere eine Erläuterung des Koordinationsplans, ein Vorschlag für die als Koordinationsverwalter zu bestellende Person und eine Übersicht der geschätzten Kosten für die Koordinierung.
- (53) Um die Freiwilligkeit des Gruppen-Koordinationsverfahrens sicherzustellen, sollten die beteiligten Insolvenzverwalter innerhalb einer festgelegten Frist Widerspruch gegen ihre Teilnahme am Verfahren einlegen können.

Damit die beteiligten Insolvenzverwalter eine fundierte Entscheidung über ihre Teilnahme am Koordinationsverfahren treffen können, sollten sie in einer frühen Phase über die wesentlichen Elemente der Koordinierung unterrichtet werden. Allerdings sollte ein Insolvenzverwalter, der einer Einbeziehung in ein Koordinationsverfahren ursprünglich widersprochen hat, eine Beteiligung nachträglich beantragen können. In einem solchen Fall sollte der Koordinationsverwalter über die Zulässigkeit eines solchen Antrags befinden. Alle Insolvenzverwalter einschließlich des den Antrag stellenden Insolvenzverwalters sollten über die Entscheidung des Koordinationsverwalters in Kenntnis gesetzt werden und die Möglichkeit haben, diese Entscheidung bei dem Gericht anzufechten, an dem das Koordinationsverfahren eingeleitet wurde.

- (54) Bei Gruppen-Koordinationsverfahren sollte stets darauf hingewirkt werden, dass die wirksame Führung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der Gruppenmitglieder erleichtert wird, und sie sollten sich allgemein positiv auf die Gläubiger auswirken. Mit dieser Verordnung sollte daher sichergestellt werden, dass das Gericht, bei dem ein Antrag auf ein Gruppen-Koordinationsverfahren gestellt wurde, diese Kriterien vor der Eröffnung des Gruppen-Koordinationsverfahrens prüft.

- (55) **In diesem Sinne sollten die Vorteile des Gruppen-Koordinationsverfahrens niemals durch die Kosten dieses Verfahrens zunichte gemacht werden. Daher sollte unbedingt sichergestellt werden, dass die Kosten der Koordinierung und der von jedem Gruppenmitglied zu tragende Anteil angemessen, verhältnismäßig und vertretbar sind und im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats, in dem das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet wurde, festzulegen sind. Die beteiligten Insolvenzverwalter sollten auch die Möglichkeit haben, diese Kosten ab einer frühen Phase des Verfahrens zu kontrollieren. Wenn es die nationalen Rechtsvorschriften erfordern, kann dies den Insolvenzverwalter betreffen, der um die Genehmigung eines Gerichts oder eines Gläubigerausschusses ersucht.**

In Fällen, in denen nach Schätzung des Koordinationsverwalters die Wahrnehmung seiner Aufgaben zu einer – im Vergleich zu der eingangs vorgenommenen Kostenschätzung – erheblichen Kostensteigerung führen wird, und in allen Fällen, in denen die Kosten die geschätzten Kosten um 10 % übersteigen, sollte der Koordinationsverwalter durch das Gericht, das das Koordinationsverfahren eröffnet hat, die Genehmigung zur Überschreitung dieser Kosten erhalten. Bevor das Gericht, das das Koordinationsverfahren eröffnet hat, seine Entscheidung trifft, sollte es den beteiligten Insolvenzverwaltern Gelegenheit geben, gehört zu werden und dem Gericht ihre Bemerkungen dazu darzulegen, ob der Antrag des Koordinationsverwalters angebracht ist.

- (56) **Diese Verordnung sollte für Mitglieder einer Unternehmensgruppe, die nicht in ein Gruppen-Koordinationsverfahren einbezogen sind, auch einen alternativen Mechanismus vorsehen, um eine koordinierte Sanierung der Gruppe zu erreichen. Ein Insolvenzverwalter in einem Verfahren, das gegen ein Mitglied einer Unternehmensgruppe anhängig ist, sollte eine Aussetzung einer Maßnahme im Zusammenhang mit der Verwertung der Masse in einem Verfahren über das Vermögen anderer Mitglieder der Unternehmensgruppe, die nicht in ein Gruppen-Koordinationsverfahren einbezogen sind, beantragen können. Eine solche Aussetzung kann nur beantragt werden, wenn ein Sanierungsplan für die Mitglieder der betroffenen Gruppe vorgelegt wird, der den Gläubigern des Verfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird, zugute käme, und die Aussetzung notwendig ist, um die ordnungsgemäße Durchführung des Plans sicherzustellen.**

- (57) **Diese Verordnung sollte die Mitgliedstaaten in keiner Weise daran hindern, nationale Rechtsvorschriften festzulegen, mit denen die Bestimmungen dieser Verordnung über die Zusammenarbeit, Kommunikation und Koordinierung im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe ergänzt würden, vorausgesetzt, der Geltungsbereich der nationalen Vorschriften beschränkt sich auf das Inland und ihre Anwendung beeinträchtigt nicht die Wirksamkeit der Vorschriften dieser Verordnung.**
- (58) **Die Vorschriften dieser Verordnung über die Zusammenarbeit, Kommunikation und Koordinierung im Rahmen eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe sollten nur insoweit angewendet werden, als Verfahren über das Vermögen verschiedener Mitglieder derselben Unternehmensgruppe in mehr als einem Mitgliedstaat eröffnet worden sind.**
- (59) **Jeder Gläubiger, der seinen Wohnsitz, gewöhnlichen Aufenthalt oder Sitz in der Union hat, sollte das Recht haben, seine Forderungen in jedem in der Union anhängigen Insolvenzverfahren über das Vermögen des Schuldners anzumelden. Dies sollte auch für Steuerbehörden und Sozialversicherungsträger gelten. Diese Verordnung sollte den Insolvenzverwalter nicht daran hindern, Forderungen im Namen bestimmter Gläubigergruppen (z.B. Arbeitnehmer) anzumelden, sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist. Im Interesse der Gläubigergleichbehandlung muss jedoch die Verteilung des Erlöses koordiniert werden. Jeder Gläubiger sollte zwar behalten dürfen, was er im Rahmen eines Insolvenzverfahrens erhalten hat, sollte aber an der Verteilung der Masse in einem anderen Verfahren erst dann teilnehmen können, wenn die Gläubiger gleichen Rangs die gleiche Quote auf ihre Forderung erlangt haben.**

- (60) **Es ist von grundlegender Bedeutung, dass Gläubiger, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz in der Union haben, über die Eröffnung von Insolvenzverfahren über das Vermögen ihres Schuldners informiert werden. Um eine rasche Übermittlung der Informationen an die Gläubiger sicherzustellen, sollte die Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen⁸ in den Mitgliedstaaten keine Anwendung finden, wenn in der vorliegenden Verordnung auf die Pflicht zur Information der Gläubiger verwiesen wird. Gläubigern sollte die Anmeldung ihrer Forderungen in Verfahren, die in einem anderen Mitgliedstaat eröffnet werden, durch die Bereitstellung von Standardformularen in allen Amtssprachen der Union erleichtert werden. Die Folgen des unvollständigen Ausfüllens des Standardformulars werden nach nationalem Recht geregelt.**
- (61) In dieser Verordnung sollte die unmittelbare Anerkennung von Entscheidungen über die Eröffnung, die Abwicklung und die Beendigung der in ihren Geltungsbereich fallenden Insolvenzverfahren sowie von Entscheidungen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit diesen Insolvenzverfahren ergehen, vorgesehen werden. Die automatische Anerkennung sollte somit zur Folge haben, dass die Wirkungen, die das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung dem Verfahren beilegt, auf alle übrigen Mitgliedstaaten ausgedehnt werden. Die Anerkennung der Entscheidungen der Gerichte der Mitgliedstaaten sollte sich auf den Grundsatz des gegenseitigen Vertrauens stützen. Die zulässigen Gründe für eine Nichtanerkennung sollten daher auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt sein. Nach diesem Grundsatz sollte auch der Konflikt gelöst werden, wenn sich die Gerichte zweier Mitgliedstaaten für zuständig halten, ein Hauptinsolvenzverfahren zu eröffnen. Die Entscheidung des zuerst eröffnenden Gerichts sollte in den anderen Mitgliedstaaten anerkannt werden; diese sollten die Entscheidung dieses Gerichts keiner Überprüfung unterziehen dürfen.

⁸ ABl. L 324 vom 10.12.2007, S. 79.

- (62) Diese Verordnung sollte für den Insolvenzbereich einheitliche Kollisionsnormen formulieren, die die Vorschriften des internationalen Privatrechts der einzelnen Staaten ersetzen. Soweit nichts anderes bestimmt ist, sollte das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung (lex concursus) Anwendung finden. Diese Kollisionsnorm sollte für Hauptinsolvenzverfahren und Partikularverfahren gleichermaßen gelten; die lex concursus regelt alle verfahrensrechtlichen wie materiellen Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf die davon betroffenen Personen und Rechtsverhältnisse. Nach ihr bestimmen sich alle Voraussetzungen für die Eröffnung, Abwicklung und Beendigung des Insolvenzverfahrens.
- (63) Die automatische Anerkennung eines Insolvenzverfahrens, auf das regelmäßig das Recht des Eröffnungsstaats Anwendung findet, kann mit den Vorschriften anderer Mitgliedstaaten für die Vornahme von Rechtshandlungen kollidieren. Um in den anderen Mitgliedstaaten als dem Staat der Verfahrenseröffnung Vertrauensschutz und Rechtssicherheit zu gewährleisten, sollten eine Reihe von Ausnahmen von der allgemeinen Vorschrift vorgesehen werden.
- (64) Ein besonderes Bedürfnis für eine vom Recht des Eröffnungsstaats abweichende Sonderanknüpfung besteht bei dinglichen Rechten, da diese für die Gewährung von Krediten von erheblicher Bedeutung sind. Die Begründung, Gültigkeit und Tragweite eines solchen dinglichen Rechts sollten sich deshalb regelmäßig nach dem Recht des Belegenheitsorts bestimmen und von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht berührt werden. Der Inhaber des dinglichen Rechts sollte somit sein Recht zur Aus- bzw. Absonderung an dem Sicherungsgegenstand weiter geltend machen können. Falls an Vermögensgegenständen in einem Mitgliedstaat dingliche Rechte nach dem Recht des Belegenheitsstaats bestehen, das Hauptinsolvenzverfahren aber in einem anderen Mitgliedstaat stattfindet, sollte der [...] **Insolvenzverwalter** des Hauptinsolvenzverfahrens die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens in dem Zuständigkeitsgebiet, in dem die dinglichen Rechte bestehen, beantragen können, sofern der Schuldner dort eine Niederlassung hat. Wird kein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet, so ist der überschießende Erlös aus der Veräußerung der Vermögensgegenstände, an denen dingliche Rechte bestanden, an den [...] **Insolvenzverwalter** des Hauptverfahrens abzuführen.

- (65) **Diese Verordnung enthält mehrere Bestimmungen, wonach ein Gericht die Aussetzung der Eröffnung eines Verfahrens oder die Aussetzung von Vollstreckungsverfahren anordnen kann. Eine solche Aussetzung sollte die dinglichen Rechte von Schuldern oder Dritten unberührt lassen.**
- (66) Ist nach dem Recht des Eröffnungsstaats eine Aufrechnung nicht zulässig, so sollte ein Gläubiger gleichwohl zur Aufrechnung berechtigt sein, wenn diese nach dem für die Forderung des insolventen Schuldners maßgeblichen Recht möglich ist. Auf diese Weise würde die Aufrechnung eine Art Garantiefunktion aufgrund von Rechtsvorschriften erhalten, auf die sich der betreffende Gläubiger zum Zeitpunkt der Entstehung der Forderung verlassen kann.
- (67) Ein besonderes Schutzbedürfnis besteht auch bei Zahlungssystemen und Finanzmärkten. Dies gilt etwa für die in diesen Systemen anzutreffenden Gattstellungsverträge und Nettingvereinbarungen sowie für die Veräußerung von Wertpapieren und die zur Absicherung dieser Transaktionen gestellten Sicherheiten, wie dies insbesondere in der Richtlinie 98/26/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Mai 1998 über die Wirksamkeit von Abrechnungen in Zahlungs- sowie Wertpapierliefer- und -abrechnungssystemen⁹ geregelt ist. Für diese Transaktionen soll deshalb allein das Recht maßgebend sein, das auf das betreffende System bzw. den betreffenden Markt anwendbar ist. Mit dieser Vorschrift soll verhindert werden, dass im Fall der Insolvenz eines Geschäftspartners die in Zahlungs- oder Aufrechnungssystemen oder auf den geregelten Finanzmärkten der Mitgliedstaaten vorgesehenen Mechanismen zur Zahlung und Abwicklung von Transaktionen geändert werden können. Die Richtlinie 98/26/EG enthält Sondervorschriften, die den allgemeinen Regelungen dieser Verordnung vorgehen sollten.

⁹ ABl. L 166 vom 11.6.1998, S. 45.

(68) **Zum Schutz der Arbeitnehmer und der Arbeitsverhältnisse müssen die Wirkungen der Insolvenzverfahren auf die Fortsetzung oder Beendigung von Arbeitsverhältnissen sowie auf die Rechte und Pflichten aller an einem solchen Arbeitsverhältnis beteiligten Parteien durch das gemäß den allgemeinen Kollisionsnormen für den Vertrag maßgebliche Recht bestimmt werden. Zudem sollte in Fällen, in denen zur Beendigung von Arbeitsverträgen die Genehmigung eines Gerichts oder einer Verwaltungsbehörde erforderlich ist, die Zuständigkeit zur Erteilung dieser Genehmigung bei dem Mitgliedstaat verbleiben, in dem sich eine Niederlassung des Schuldners befindet, selbst wenn in diesem Mitgliedstaat kein Insolvenzverfahren eröffnet wurde.**

Für sonstige insolvenzrechtliche Fragen, wie etwa, ob die Forderungen der Arbeitnehmer durch ein Vorrecht geschützt sind und welchen Rang dieses Vorrecht gegebenenfalls erhalten soll, ist das Recht des Mitgliedstaats maßgeblich, in dem das Insolvenzverfahren eröffnet wurden, es sei denn, im Einklang mit dieser Verordnung wurde eine Zusicherung gegeben, Sekundärinsolvenzverfahren zu vermeiden.

(69) **Auf die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf ein anhängiges Gerichts- oder Schiedsverfahren über einen Vermögenswert oder ein Recht, der/das Teil der Masse ist, sollte das Recht des Mitgliedstaats Anwendung finden, in dem das Gerichtsverfahren anhängig ist oder die Schiedsgerichtsbarkeit ihren Sitz hat. Diese Bestimmung sollte allerdings die nationalen Vorschriften über die Anerkennung und Vollstreckung von Schiedssprüchen nicht berühren.**

(70) **Um den verfahrensrechtlichen Besonderheiten der Rechtssysteme einiger Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen, sollten bestimmte Vorschriften dieser Verordnung die erforderliche Flexibilität aufweisen. Dementsprechend umfassen Bezugnahmen in dieser Verordnung auf Mitteilungen eines Justizorgans eines Mitgliedstaats, sofern es die Verfahrensvorschriften eines Mitgliedstaats erforderlich machen, eine Anordnung dieses Justizorgans hinsichtlich der Mitteilung.**

- (71) **Im Interesse des Geschäftsverkehrs sollte der wesentliche Inhalt der Entscheidung über die Verfahrenseröffnung auf Antrag des Insolvenzverwalters in den anderen Mitgliedstaaten bekanntgemacht werden. Befindet sich in den betreffenden Mitgliedstaaten eine Niederlassung, sollte die Bekanntmachung obligatorisch sein. In beiden Fällen sollte die Bekanntmachung jedoch nicht Voraussetzung für die Anerkennung des ausländischen Verfahrens sein.**
- (72) **Um eine bessere Information der Gläubiger und der Gerichte zu gewährleisten und die Eröffnung von Parallelverfahren zu verhindern, sollten die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, einschlägige Informationen in grenzüberschreitenden Insolvenzfällen in einem öffentlich zugänglichen elektronischen Register bekanntzumachen. Um Gläubigern und Gerichten in anderen Mitgliedstaaten den Zugriff auf diese Informationen zu erleichtern, sollte diese Verordnung die Vernetzung der Insolvenzregister über das Europäische Justizportal vorsehen. Den Mitgliedstaaten sollte freistehen, einschlägige Informationen in verschiedenen Registern bekanntzumachen, und es sollte möglich sein, mehr als ein Register je Mitgliedstaat zu verbinden.**
- (73) **In dieser Verordnung sollte der Mindestumfang der Informationen, die in den Registern bekanntzumachen sind, festgelegt werden. Die Mitgliedstaaten sollten zusätzliche Informationen aufnehmen dürfen. Ist der Schuldner eine Privatperson, so sollte in den Registern nur eine Registrierungsnummer angegeben werden, wenn der Schuldner eine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausübt. Die Registrierungsnummer ist gegebenenfalls als die einheitliche Registrierungsnummer seiner selbständigen oder freiberuflichen Tätigkeit im Handelsregister zu verstehen.**
- (74) **Informationen über bestimmte Aspekte des Verfahrens, wie z.B. die Fristen für die Anmeldung von Forderungen oder die Anfechtung von Entscheidungen, sind für die Gläubiger von grundlegender Bedeutung. Diese Verordnung sollte allerdings die Mitgliedstaaten nicht dazu verpflichten, diese Fristen einzeln zu berechnen. Die Mitgliedstaaten sollten ihren Pflichten nachkommen können, indem sie Hyperlinks zum Europäischen Justizportal einfügen, über das selbsterklärende Angaben zu den Kriterien zur Berechnung dieser Fristen abrufbar sind.**

(75) **Damit ausreichender Schutz der Informationen über Privatpersonen, die keine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausüben, gewährleistet ist, sollte es den Mitgliedstaaten möglich sein, den Zugang zu diesen Informationen von zusätzlichen Suchkriterien wie der persönlichen Kennnummer des Schuldners, seiner Anschrift, seinem Geburtsdatum oder dem Bezirk des zuständigen Gerichts abhängig zu machen oder den Zugang an die Bedingung eines Antrags an die zuständige Behörde oder der Prüfung des rechtmäßigen Anspruchs zu knüpfen.**

Den Mitgliedstaaten sollte auch die Möglichkeit eingeräumt werden, Informationen über Privatpersonen, die keine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausüben, nicht in ihre Insolvenzregister aufzunehmen. In einem solchen Fall sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die einschlägigen Informationen durch Einzelmitteilung an die Gläubiger übermittelt werden und die Forderungen von Gläubigern, die die Informationen nicht erhalten haben, nicht durch die Verfahren beeinträchtigt werden.

(76) Es kann der Fall eintreten, dass einige der betroffenen Personen tatsächlich keine Kenntnis von der Verfahrenseröffnung haben und gutgläubig im Widerspruch zu der neuen Sachlage handeln. Zum Schutz solcher Personen, die in Unkenntnis der ausländischen Verfahrenseröffnung eine Zahlung an den Schuldner leisten, obwohl diese an sich an den ausländischen [...] **Insolvenzverwalter** hätte geleistet werden müssen, sollte eine schuldbefreiende Wirkung der Leistung bzw. Zahlung vorgesehen werden.

(31) [...]

- (77) **Damit einheitliche Bedingungen für die Durchführung dieser Verordnung gewährleistet sind, sollten der Kommission Durchführungsbefugnisse übertragen werden. Diese Befugnisse sollten im Einklang mit der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2011 zur Festlegung der allgemeinen Regeln und Grundsätze, nach denen die Mitgliedstaaten die Wahrnehmung der Durchführungsbefugnisse durch die Kommission kontrollieren¹⁰, ausgeübt werden.**
- (78) **Diese Verordnung steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden. Die Verordnung zielt insbesondere darauf ab, die Anwendung der Artikel 8, 17 und 47 der Charta zu fördern, die den Schutz der personenbezogenen Daten, das Recht auf Eigentum und das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein faires Verfahren betreffen.**
- (79) **Die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Oktober 1995 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr¹¹ und die geänderte Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2000 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr¹² regeln die Verarbeitung personenbezogener Daten im Rahmen dieser Verordnung.**
- (80) **Diese Verordnung lässt die Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates vom 3. Juni 1971 zur Festlegung der Regeln für die Fristen, Daten und Termine unberührt.**

¹⁰ ABl. L 55 vom 28.2.2011, S. 13.

¹¹ ABl. L 281 vom 23.11.1995, S. 31.

¹² ABl. L 8 vom 12.1.2001, S. 1.

- (81) **Da das Ziel dieser Verordnung auf der Ebene der Mitgliedstaaten nicht hinreichend verwirklicht werden kann und besser auf Unionsebene zu erreichen ist, kann die Union im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip nach Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union (EUV) tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Grundsatz der Verhältnismäßigkeit geht diese Verordnung nicht über das zur Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.**
- (82) Das Vereinigte Königreich und Irland haben gemäß Artikel 3 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag [...] **über die Arbeitsweise** der Europäischen [...] **Union** beigefügten Protokolls über die Position des Vereinigten Königreichs und Irlands mitgeteilt, dass sie sich an der Annahme und Anwendung der vorliegenden Verordnung beteiligen möchten.
- (83) Gemäß den Artikeln 1 und 2 des dem Vertrag über die Europäische Union und dem Vertrag [...] **über die Arbeitsweise** der Europäischen [...] **Union** beigefügten Protokolls über die Position Dänemarks beteiligt sich Dänemark nicht an der Annahme dieser Verordnung und ist daher weder durch diese Verordnung gebunden noch zu ihrer Anwendung verpflichtet –

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

KAPITEL I

ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1

Anwendungsbereich

1. **Diese Verordnung gilt für öffentliche Gesamtverfahren einschließlich Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes, die sich auf eine gesetzliche Regelung zur Insolvenz stützen und in denen zu Zwecken der Sanierung, Schuldenanpassung, Reorganisation oder Liquidation**
 - a) **dem Schuldner die Verfügungsgewalt über sein Vermögen ganz oder teilweise entzogen und ein Insolvenzverwalter bestellt wird,**
 - b) **die Insolvenzmasse der Kontrolle oder Aufsicht durch ein Gericht unterstellt wird oder**
 - c) **eine vorübergehende Aussetzung eines Einzelvollstreckungsverfahrens von einem Gericht oder von Amts wegen angeordnet wird, um Verhandlungen zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern zu ermöglichen, sofern das Verfahren, bei dem die Aussetzung angeordnet wird, (i) geeignete Maßnahmen zum Schutz der Gesamtheit der Gläubiger vorsieht und (ii) vor einem der unter den Buchstaben a oder b genannten Verfahren erfolgt, wenn keine Einigung erzielt wird.**

Kann ein solches Verfahren in Situationen eröffnet werden, in denen lediglich die Wahrscheinlichkeit einer Insolvenz besteht, muss der Zweck des Verfahrens die Vermeidung der Insolvenz des Schuldners oder der Einstellung seiner Geschäftstätigkeit sein.

Die Verfahren, auf die in diesem Absatz Bezug genommen wird, sind in Anhang A aufgelistet.

2. **Diese Verordnung gilt nicht für die Verfahren nach Absatz 1 in Bezug auf**
- (a) Versicherungsunternehmen,**
 - (b) Kreditinstitute,**
 - (c) Wertpapierfirmen und andere Firmen, Einrichtungen und Unternehmen, soweit sie unter die geänderte Richtlinie 2001/24/EG fallen, und**
 - (d) Organismen für gemeinsame Anlagen.**

Artikel 2

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck

1. **"Gesamtverfahren" ein Verfahren, an dem alle oder ein wesentlicher Teil der Gläubiger des Schuldners beteiligt sind, vorausgesetzt, dass im letzteren Fall das Verfahren nicht die Forderungen jener Gläubiger berührt, die nicht daran beteiligt sind;**
2. **"Organismen für gemeinsame Anlagen" Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren (OGAW) im Sinne der Richtlinie 2009/65/EG und alternative Investmentfonds (AIF) im Sinne der Richtlinie 2011/61/EU;**
3. **"Schuldner in Eigenverwaltung" einen Schuldner, über dessen Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, das nicht zwingend die Bestellung eines Insolvenzverwalters oder die vollständige Übertragung der Rechte und Pflichten der Verwaltung des Vermögens des Schuldners auf einen Insolvenzverwalter beinhaltet, und bei dem der Schuldner daher ganz oder zumindest teilweise die Kontrolle über sein Vermögen und seine Geschäfte behält;**

4. **"Insolvenzverfahren" ein in Anhang A genanntes Verfahren;**
5. **"Insolvenzverwalter" jede Person oder Stelle, deren Aufgabe es ist, auch vorläufig**
- (i) die in Insolvenzverfahren eingereichten Forderungen zu prüfen und zuzulassen;**
 - ii) die Gesamtinteressen der Gläubiger zu vertreten;**
 - iii) die Insolvenzmasse entweder vollständig oder teilweise zu verwalten;**
 - iv) die Insolvenzmasse im Sinne der Ziffer iii zu verwerten oder**
 - v) die Geschäftstätigkeit des Schuldners zu überwachen.**

Diese Personen und Stellen sind in Anhang B aufgelistet;

6. **"Gericht"**
- (i) in Artikel 1 Absatz 1 Buchstaben b und c, Artikel 4 Absatz 2, Artikel 5, Artikel 6, Artikel 21 Absatz 3, Artikel 24 Absatz 2 Buchstabe j, Artikel 36, Artikel 39 und Artikel 61 bis Artikel 77 das Justizorgan eines Mitgliedstaats;**
 - (ii) in allen anderen Artikeln das Justizorgan oder jede sonstige zuständige Stelle eines Mitgliedstaats, die befugt ist, ein Insolvenzverfahren zu eröffnen, die Eröffnung eines solchen Verfahrens zu bestätigen oder im Laufe dieses Verfahrens Entscheidungen zu treffen;**
7. **"Entscheidung zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens"**
- i) die Entscheidung eines Gerichts zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder zur Bestätigung der Eröffnung eines solchen Verfahrens und**
 - ii) die Entscheidung eines Gerichts zur Bestellung eines Insolvenzverwalters;**

8. **"Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung" den Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens wirksam wird, unabhängig davon, ob sie endgültig ist oder nicht;**
9. **"Mitgliedstaat, in dem ein Vermögensgegenstand belegen ist", im Fall von**
- (i) **anderen Namensaktien als den unter Ziffer ii genannten den Mitgliedstaat, in dessen Gebiet die Gesellschaft, die die Aktien ausgegeben hat, ihren Sitz hat;**
 - (ii) **Finanzinstrumenten, bei denen das Eigentum durch Eintrag in ein Register oder Buchung auf ein Konto, das von einem oder für einen Mittler geführt wird, nachgewiesen wird ("sammelverwahrte Wertpapiere"), den Mitgliedstaat, in dem das betreffende Register oder Konto geführt wird;**
 - (iii) **Guthaben auf Konten bei Kreditinstituten den Mitgliedstaat, der in der internationalen Kontonummer (IBAN) angegeben ist, oder im Fall von Guthaben auf Konten bei Kreditinstituten ohne IBAN den Mitgliedstaat, in dem das Kreditinstitut, bei dem das Konto geführt wird, seine Hauptverwaltung hat, oder, sofern das Konto bei einer Zweigniederlassung, Agentur oder sonstigen Niederlassung geführt wird, den Mitgliedstaat, in dem sich die Zweigniederlassung, Agentur oder sonstige Niederlassung befindet;**
 - (iv) **Gegenständen oder Rechten, bei denen das Eigentum oder die Rechtsinhaberschaft in einem öffentlichen Register – ausgenommen die unter Ziffer i genannten Register – eingetragen ist, den Mitgliedstaat, unter dessen Aufsicht das Register geführt wird;**
 - (v) **europäischen Patenten den Mitgliedstaat, für den das europäische Patent erteilt wurde;**
 - (vi) **Urheberrechten und verwandten Schutzrechten den Mitgliedstaat, in dessen Gebiet der Eigentümer solcher Rechte seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder Sitz hat;**

(vii) anderen als den unter den Ziffern i bis iv genannten körperlichen Gegenständen den Mitgliedstaat, in dessen Gebiet der Gegenstand belegen ist;

(viii) anderen Forderungen gegen Dritte als solchen, die sich auf Vermögenswerte gemäß Ziffer iii beziehen, den Mitgliedstaat, in dessen Gebiet der zur Leistung verpflichtete Dritte den Mittelpunkt seiner hauptsächlichsten Interessen im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 hat;

- 10. "Niederlassung" jeden Tätigkeitsort, an dem der Schuldner einer wirtschaftlichen Aktivität von nicht vorübergehender Art nachgeht oder in den drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens nachgegangen ist, die den Einsatz von Personal und Vermögenswerten voraussetzt;**
- 11. "lokale Gläubiger" die Gläubiger, deren Forderungen gegen den Schuldner aus oder in Zusammenhang mit dem Betrieb einer Niederlassung in einem anderen Mitgliedstaat als dem entstanden sind, in dem sich der Mittelpunkt der hauptsächlichsten Interessen des Schuldners befindet;**
- 12. "Unternehmensgruppe" ein Mutterunternehmen und alle seine Tochterunternehmen;**
- 13. "Mutterunternehmen" ein Unternehmen, das ein oder mehrere Tochterunternehmen entweder unmittelbar oder mittelbar kontrolliert. Ein Unternehmen, das einen konsolidierten Abschluss gemäß der Richtlinie 2013/34/EU vom 26. Juni 2013 über den Jahresabschluss, den konsolidierten Abschluss und damit verbundene Berichte von Unternehmen bestimmter Rechtsformen und zur Änderung der Richtlinie 2006/43/EG des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 78/660/EWG und 83/349/EWG des Rates erstellt, gilt als Mutterunternehmen.**

Artikel 3

Internationale Zuständigkeit

- Für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens ("Hauptinsolvenzverfahrens") sind die Gerichte des Mitgliedstaats zuständig, in dessen Gebiet der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichen Interessen hat. Als Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen gilt der Ort, an dem der Schuldner gewöhnlich der Verwaltung seiner Interessen nachgeht und der für Dritte feststellbar ist.**

Bei Gesellschaften oder juristischen Personen wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass der Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen der Ort ihres Sitzes ist. Diese Annahme gilt nur, wenn der Sitz nicht in einem Zeitraum von drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt wurde.

Bei einer natürlichen Person, die eine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass der Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen ihre Hauptniederlassung ist. Diese Annahme gilt nur, wenn die Hauptniederlassung der natürlichen Person nicht in einem Zeitraum von drei Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt wurde.

Bei allen anderen natürlichen Personen wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass der Mittelpunkt ihrer hauptsächlichen Interessen der Ort ihres gewöhnlichen Aufenthalts ist. Diese Annahme gilt nur, wenn der gewöhnliche Aufenthalt nicht in einem Zeitraum von sechs Monaten vor dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens in einen anderen Mitgliedstaat verlegt wurde.

2. Hat der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichsten Interessen im Gebiet eines Mitgliedstaats, so sind die Gerichte eines anderen Mitgliedstaats nur dann zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befugt, wenn der Schuldner eine Niederlassung im Gebiet dieses anderen Mitgliedstaats hat. Die Wirkungen dieses Verfahrens sind auf das im Gebiet dieses letzteren Mitgliedstaats belegene Vermögen des Schuldners beschränkt.
3. **Wird ein Insolvenzverfahren nach Absatz 1 eröffnet, so ist jedes zu einem späteren Zeitpunkt nach Absatz 2 eröffnete Insolvenzverfahren ein Sekundärinsolvenzverfahren.**
4. **Vor der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Absatz 1 kann ein Partikularverfahren nach Absatz 2 nur in den nachstehenden Fällen eröffnet werden:**
- a) **falls die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Absatz 1 angesichts der Bedingungen, die das Recht des Mitgliedstaats vorschreibt, in dem der Schuldner den Mittelpunkt seiner hauptsächlichsten Interessen hat, nicht möglich ist oder**
 - b) **falls die Eröffnung des Partikularverfahrens von**
 - (i) **einem Gläubiger beantragt wird, dessen Forderung auf einer sich aus oder im Zusammenhang mit dem Betrieb einer Niederlassung ergebenden Verbindlichkeit beruht, die sich im Gebiet des Mitgliedstaats befindet, in dem die Eröffnung des Partikularverfahrens beantragt wird, oder**
 - (ii) **einer Behörde beantragt wird, die nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dessen Gebiet sich die Niederlassung befindet, das Recht hat, die Eröffnung von Insolvenzverfahren zu beantragen.**

Nach der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens wird das Partikularverfahren zum Sekundärverfahren.

Artikel 4

Prüfung der Zuständigkeit

- 1. Das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befasste Gericht prüft von Amts wegen, ob es nach Artikel 3 zuständig ist. In der Entscheidung zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens ist anzugeben, auf welche Gründe sich die Zuständigkeit des Gerichts stützt, insbesondere, ob die Zuständigkeit auf Artikel 3 Absatz 1 oder Absatz 2 gestützt ist.**
- 2. Unbeschadet des Absatzes 1 können die Mitgliedstaaten den für ein gemäß den nationalen Rechtsvorschriften ohne gerichtliche Entscheidung eröffnetes Insolvenzverfahren bestellten Insolvenzverwalter damit betrauen, zu prüfen, ob der Mitgliedstaat, in dem der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens anhängig ist, gemäß Artikel 3 zuständig ist. Ist dies der Fall, gibt der Insolvenzverwalter in der Entscheidung zur Verfahrenseröffnung an, auf welche Gründe sich die Zuständigkeit stützt, insbesondere, ob die Zuständigkeit auf Artikel 3 Absatz 1 oder Absatz 2 gestützt ist.**

Artikel 5

Gerichtliche Nachprüfung der Entscheidung zur Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens

- 1. Der Schuldner und jeder Gläubiger kann die Entscheidung zur Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens vor Gericht aus Gründen der internationalen Zuständigkeit anfechten.**
- 2. Die Entscheidung zur Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens kann von anderen als den in Absatz 1 genannten Parteien oder aus anderen Gründen als denen der mangelnden Zuständigkeit angefochten werden, wenn dies nach nationalem Recht vorgesehen ist.**

Artikel 6

Zuständigkeit für Klagen, die unmittelbar aus dem Insolvenzverfahren hervorgehen und in engem Zusammenhang damit stehen

- 1. Die Gerichte des Mitgliedstaats, in dessen Gebiet das Insolvenzverfahren nach Artikel 3 eröffnet worden ist, sind zuständig für alle Klagen, die unmittelbar aus diesem Verfahren hervorgehen und in engem Zusammenhang damit stehen, wie beispielsweise Anfechtungsklagen.**
- 2. Steht eine Klage im Sinne des Absatzes 1 im Zusammenhang mit einer anderen zivil- oder handelsrechtlichen Klage gegen denselben Beklagten, so kann der Insolvenzverwalter beide Klagen in dem Mitgliedstaat, in dem der Beklagte seinen Wohnsitz hat, oder – bei einer Klage gegen mehrere Beklagte – in dem Mitgliedstaat, in dem einer der Beklagten seinen Wohnsitz hat, anstrengen, vorausgesetzt, die betreffenden Gerichte sind nach der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 zuständig. Dasselbe gilt für den Schuldner in Eigenverwaltung, sofern er nach nationalem Recht Klage im Namen der Insolvenzmasse erheben kann.**
- 3. Klagen stehen für die Zwecke des Absatzes 2 miteinander im Zusammenhang, wenn zwischen ihnen eine so enge Beziehung gegeben ist, dass eine gemeinsame Verhandlung und Entscheidung geboten erscheint, um zu vermeiden, dass in getrennten Verfahren einander widersprechende Entscheidungen ergehen.**

Artikel [...] 7

Anwendbares Recht

1. Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, gilt für das Insolvenzverfahren und seine Wirkungen das Insolvenzrecht des Mitgliedstaats, in dem das Verfahren eröffnet wird, nachstehend "Staat der Verfahrenseröffnung" genannt.
2. Das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung regelt, unter welchen Voraussetzungen das Insolvenzverfahren eröffnet wird und wie es durchzuführen und zu beenden ist. Es regelt insbesondere:
 - a) bei welcher Art von Schuldnern ein Insolvenzverfahren zulässig ist;
 - b) welche Vermögenswerte zur **Insolvenzmasse** gehören und wie die nach der Verfahrenseröffnung vom Schuldner erworbenen Vermögenswerte zu behandeln sind;
 - c) die jeweiligen Befugnisse des Schuldners und des [...] **Insolvenzverwalters**;
 - d) die Voraussetzungen für die Wirksamkeit einer Aufrechnung;
 - e) wie sich das Insolvenzverfahren auf laufende Verträge des Schuldners auswirkt;
 - f) **wie sich die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens auf Rechtsverfolgungsmaßnahmen einzelner Gläubiger auswirkt; ausgenommen sind die Wirkungen auf anhängige Rechtsstreitigkeiten;**

- g) welche Forderungen als Insolvenzforderungen anzumelden sind und wie Forderungen zu behandeln sind, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstehen;
- h) die Anmeldung, die Prüfung und die Feststellung der Forderungen;
- i) die Verteilung des Erlöses aus der Verwertung des Vermögens, den Rang der Forderungen und die Rechte der Gläubiger, die nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aufgrund eines dinglichen Rechts oder infolge einer Aufrechnung teilweise befriedigt wurden;
- j) die Voraussetzungen und die Wirkungen der Beendigung des Insolvenzverfahrens, insbesondere durch Vergleich;
- k) die Rechte der Gläubiger nach der Beendigung des Insolvenzverfahrens;
- l) wer die Kosten des Insolvenzverfahrens einschließlich der Auslagen zu tragen hat;
- m) **welche Rechtshandlungen nichtig, anfechtbar oder relativ unwirksam sind, weil sie die Gesamtheit der Gläubiger benachteiligen.**

Artikel [...] 8

Dingliche Rechte Dritter

1. Das dingliche Recht eines Gläubigers oder eines Dritten an körperlichen oder unkörperlichen, beweglichen oder unbeweglichen Gegenständen des Schuldners – sowohl an bestimmten Gegenständen als auch an einer Mehrheit von nicht bestimmten Gegenständen mit wechselnder Zusammensetzung –, die sich zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats befinden, wird von der Eröffnung des Verfahrens nicht berührt.

2. Rechte im Sinne von Absatz 1 sind insbesondere
 - a) das Recht, den Gegenstand zu verwerten oder verwerten zu lassen und aus dem Erlös oder den Nutzungen dieses Gegenstands befriedigt zu werden, insbesondere aufgrund eines Pfandrechts oder einer Hypothek;
 - b) das ausschließliche Recht, eine Forderung einzuziehen, insbesondere aufgrund eines Pfandrechts an einer Forderung oder aufgrund einer Sicherheitsabtretung dieser Forderung;
 - c) das Recht, die Herausgabe des Gegenstands von jedermann zu verlangen, der diesen gegen den Willen des Berechtigten besitzt oder nutzt;
 - d) das dingliche Recht, die Früchte eines Gegenstands zu ziehen.
3. Das in einem öffentlichen Register eingetragene und gegen jedermann wirksame Recht, ein dingliches Recht im Sinne von Absatz 1 zu erlangen, wird einem dinglichen Recht gleichgestellt.
4. Absatz 1 steht der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Umwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel [...] 7 Absatz 2 Buchstabe m nicht entgegen.

Artikel [...] 9

Aufrechnung

1. Die Befugnis eines Gläubigers, mit seiner Forderung gegen eine Forderung des Schuldners aufzurechnen, wird von der Eröffnung des Insolvenzverfahrens nicht berührt, wenn diese Aufrechnung nach dem für die Forderung des insolventen Schuldners maßgeblichen Recht zulässig ist.
2. Absatz 1 steht der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Umwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel [...] 7 Absatz 2 Buchstabe m nicht entgegen.

Artikel [...] 10

Eigentumsvorbehalt

1. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegen den Käufer einer Sache lässt die Rechte des Verkäufers aus einem Eigentumsvorbehalt unberührt, wenn sich diese Sache zum Zeitpunkt der Eröffnung des Verfahrens im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats als dem der Verfahrenseröffnung befindet.
2. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gegen den Verkäufer einer Sache nach deren Lieferung rechtfertigt nicht die Auflösung oder Beendigung des Kaufvertrags und steht dem Eigentumserwerb des Käufers nicht entgegen, wenn sich diese Sache zum Zeitpunkt der Verfahrenseröffnung im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats als dem der Verfahrenseröffnung befindet.
3. Die Absätze 1 und 2 stehen der Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit einer Rechtshandlung nach Artikel [...] 7 Absatz 2 Buchstabe m nicht entgegen.

Artikel [...] 11

Vertrag über einen unbeweglichen Gegenstand

1. Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen Vertrag, der zum Erwerb oder zur Nutzung eines unbeweglichen Gegenstands berechtigt, ist ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, in dessen Gebiet dieser Gegenstand belegen ist.
2. **Die Zuständigkeit für die Beendigung oder Änderung von Verträgen nach diesem Artikel liegt bei dem Gericht, das das Hauptinsolvenzverfahren eröffnet hat, wenn a) ein derartiger Vertrag nach den für diese Verträge geltenden Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats nur mit Zustimmung des Gerichts der Verfahrenseröffnung beendet oder geändert werden kann, und b) in dem betreffenden Mitgliedstaat kein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist.**

Artikel [...] 12

Zahlungssysteme und Finanzmärkte

1. Unbeschadet des Artikels 8 ist für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf die Rechte und Pflichten der Mitglieder eines Zahlungs- oder Abwicklungssystems oder eines Finanzmarktes ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, das für das betreffende System oder den betreffenden Markt gilt.
2. Absatz 1 steht einer Nichtigkeit, Anfechtbarkeit oder relativen Unwirksamkeit der Zahlungen oder Transaktionen gemäß den für das betreffende Zahlungssystem oder den betreffenden Finanzmarkt geltenden Rechtsvorschriften nicht entgegen.

Artikel [...] 13

Arbeitsvertrag

1. Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf einen Arbeitsvertrag und auf das Arbeitsverhältnis gilt ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats, das auf den Arbeitsvertrag anzuwenden ist.
2. **Die Zuständigkeit für die Beendigung oder Änderung von Verträgen nach diesem Artikel bleibt bei den Gerichten des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärverfahren eröffnet werden könnte, auch wenn in dem betreffenden Mitgliedstaat kein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist.**

Dasselbe gilt für eine Behörde, die nach nationalem Recht für die Beendigung oder Änderung von Verträgen nach diesem Artikel zuständig ist.

Artikel [...] 14

Wirkung auf eintragungspflichtige Rechte

Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf Rechte des Schuldners an einem unbeweglichen Gegenstand, einem Schiff oder einem Luftfahrzeug, die der Eintragung in ein öffentliches Register unterliegen, ist das Recht des Mitgliedstaats maßgebend, unter dessen Aufsicht das Register geführt wird.

Artikel [...] 15

Europäische Patente mit einheitlicher Wirkung und Gemeinschaftsmarken

Für die Zwecke dieser Verordnung kann ein Europäisches Patent mit einheitlicher Wirkung, eine Gemeinschaftsmarke oder jedes andere durch Vorschriften der Union begründete ähnliche Recht nur in ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 miteinbezogen werden.

Artikel [...] 16

Benachteiligende Handlungen

Artikel [...] 7 Absatz 2 Buchstabe m findet keine Anwendung, wenn die Person, die durch eine die Gesamtheit der Gläubiger benachteiligende Handlung begünstigt wurde, nachweist,

- dass für diese Handlung das Recht eines anderen Mitgliedstaats als des Staates der Verfahrenseröffnung maßgeblich ist und
- diese Rechtshandlung im vorliegenden Fall in keiner Weise nach diesem Recht angreifbar ist.

Artikel [...] 17

Schutz des Dritterwerbers

Verfügt der Schuldner durch eine nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorgenommene Rechtshandlung gegen Entgelt

- über einen unbeweglichen Gegenstand,
- ein Schiff oder ein Luftfahrzeug, das der Eintragung in ein öffentliches Register unterliegt, oder
- über Wertpapiere, deren Eintragung in ein gesetzlich vorgeschriebenes Register Voraussetzung für ihre Existenz ist,

so richtet sich die Wirksamkeit dieser Rechtshandlung dem Recht des Staates, in dessen Gebiet dieser unbewegliche Gegenstand belegen ist oder unter dessen Aufsicht das Register geführt wird.

Artikel [...] 18

**Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf anhängige Gerichts-
und Schiedsverfahren**

Für die Wirkungen des Insolvenzverfahrens auf ein anhängiges Gerichts- oder Schiedsverfahren über einen Gegenstand oder ein Recht, der/das Teil der Insolvenzmasse ist, gilt ausschließlich das Recht des Mitgliedstaats, in dem das Gerichts- oder Schiedsverfahren anhängig ist.

KAPITEL II

ANERKENNUNG DER INSOLVENZVERFAHREN

Artikel [...] 19

Grundsatz

1. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens durch ein nach Artikel 3 zuständiges Gericht eines Mitgliedstaats wird in allen übrigen Mitgliedstaaten anerkannt, sobald die Entscheidung im Staat der Verfahrenseröffnung wirksam ist.

Dies gilt auch, wenn in den übrigen Mitgliedstaaten über das Vermögen des Schuldners wegen seiner Eigenschaft ein Insolvenzverfahren nicht eröffnet werden könnte.

2. Die Anerkennung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 steht der Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 2 durch ein Gericht eines anderen Mitgliedstaats nicht entgegen. In diesem Fall ist das Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 ein Sekundärinsolvenzverfahren im Sinne von Kapitel III.

Artikel [...] 20

Wirkungen der Anerkennung

1. Die Eröffnung eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 entfaltet in jedem anderen Mitgliedstaat, ohne dass es hierfür irgendwelcher Förmlichkeiten bedürfte, die Wirkungen, die das Recht des Staates der Verfahrenseröffnung dem Verfahren beilegt, sofern diese Verordnung nichts anderes bestimmt und solange in diesem anderen Mitgliedstaat kein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 eröffnet ist.
2. Die Wirkungen eines Verfahrens nach Artikel 3 Absatz 2 dürfen in den anderen Mitgliedstaaten nicht in Frage gestellt werden. Jegliche Beschränkung der Rechte der Gläubiger, insbesondere eine Stundung oder eine Schuldbefreiung infolge des Verfahrens, wirkt hinsichtlich des im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats belegenen Vermögens nur gegenüber den Gläubigern, die ihre Zustimmung hierzu erteilt haben.

Befugnisse des [...] Insolvenzverwalters

1. **Der Insolvenzverwalter, der durch ein nach Artikel 3 Absatz 1 zuständiges Gericht bestellt worden ist, darf im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats alle Befugnisse ausüben, die ihm nach dem Recht des Staates der Verfahrenseröffnung zustehen, solange in dem anderen Staat nicht ein weiteres Insolvenzverfahren eröffnet ist oder eine gegenteilige Sicherungsmaßnahme auf einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens hin ergriffen worden ist. Er darf insbesondere vorbehaltlich der Artikel [...] 8 und [...] 10 die zur Masse gehörenden Gegenstände aus dem Gebiet des Mitgliedstaats entfernen, in dem diese sich befinden.**
2. Der [...] **Insolvenzverwalter**, der durch ein nach Artikel 3 Absatz 2 zuständiges Gericht bestellt worden ist, darf in jedem anderen Mitgliedstaat gerichtlich und außergerichtlich geltend machen, dass ein beweglicher Gegenstand nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens aus dem Gebiet des Staates der Verfahrenseröffnung in das Gebiet dieses anderen Mitgliedstaats verbracht worden ist. Des Weiteren kann er eine den Interessen der Gläubiger dienende Anfechtungsklage erheben.
3. Bei der Ausübung seiner Befugnisse hat der [...] **Insolvenzverwalter** das Recht des Mitgliedstaats, in dessen Gebiet er handeln will, zu beachten, insbesondere hinsichtlich der Art und Weise der Verwertung eines Gegenstands der Masse. **Diese Befugnisse dürfen nicht die Anwendung von Zwangsmitteln ohne Beschluss eines Gerichts dieses Mitgliedstaats oder das Recht umfassen, Rechtsstreitigkeiten oder andere Auseinandersetzungen zu entscheiden.**

Artikel [...] 22

Nachweis der [...] **Insolvenzverwalter**stellung

Die Bestellung zum [...] **Insolvenzverwalter** wird durch eine beglaubigte Abschrift der Entscheidung, durch die er bestellt worden ist, oder durch eine andere von dem zuständigen Gericht ausgestellte Bescheinigung nachgewiesen.

Es kann eine Übersetzung in die Amtssprache oder eine der Amtssprachen des Mitgliedstaats, in dessen Gebiet er handeln will, verlangt werden. Eine Legalisation oder eine entsprechende andere Förmlichkeit wird nicht verlangt.

Artikel [...] 23

Herausgabepflicht und Anrechnung

1. Ein Gläubiger, der nach der Eröffnung eines Insolvenzverfahrens nach Artikel 3 Absatz 1 auf irgendeine Weise, insbesondere durch Zwangsvollstreckung, vollständig oder teilweise aus einem Gegenstand der Masse befriedigt wird, der in einem anderen Mitgliedstaat belegen ist, hat vorbehaltlich der Artikel [...] **8** und [...] **10** das Erlangte an den [...] **Insolvenzverwalter** herauszugeben.
2. Zur Wahrung der Gleichbehandlung der Gläubiger nimmt ein Gläubiger, der in einem Insolvenzverfahren eine Quote auf seine Forderung erlangt hat, an der Verteilung im Rahmen eines anderen Verfahrens erst dann teil, wenn die Gläubiger gleichen Ranges oder gleicher Gruppenzugehörigkeit in diesem anderen Verfahren die gleiche Quote erlangt haben.

Artikel 24

Einrichtung von Insolvenzregistern

- 1. Die Mitgliedstaaten errichten und unterhalten in ihrem Gebiet ein oder mehrere Register, um Informationen über Insolvenzerfahren bekanntzumachen ("Insolvenzregister"). Diese Informationen werden sobald als möglich nach Eröffnung des entsprechenden Verfahrens bekanntgemacht.**

- 2. Die Informationen nach Absatz 1 sind vorbehaltlich der Bedingungen des Artikels 27 öffentlich bekanntzumachen und umfassen die folgenden Informationen ("Pflichtinformationen"):**
 - (a) Datum der Insolvenzeröffnung;**
 - (b) Gericht, das die Insolvenz eröffnet hat, und gegebenenfalls Aktenzeichen;**
 - (c) Art des Insolvenzverfahrens nach Anhang A und sofern zutreffend, Unterart des nach nationalem Recht eröffneten Verfahrens;**
 - (d) Angaben dazu, ob sich die Zuständigkeit für die Eröffnung des Verfahrens auf Artikel 3 Absatz 1, 2 oder 4 stützt;**
 - (e) Name, Registernummer, Sitz oder, sofern davon abweichend, Postanschrift, wenn der Schuldner eine Gesellschaft oder eine juristische Person ist;**
 - (f) Name, gegebenenfalls Registernummer sowie Postanschrift bzw., falls die Anschrift geschützt ist, Geburtsort und Geburtsdatum, wenn der Schuldner eine natürliche Person ist, unabhängig davon, ob er eine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausübt;**
 - (g) gegebenenfalls Name, Postanschrift oder E-Mailadresse des für das Verfahren bestellten Insolvenzverwalters;**

- (h) gegebenenfalls die Frist für die Anmeldung der Forderungen bzw. einen Verweis auf die Kriterien für die Berechnung dieser Frist;**
- (i) gegebenenfalls das Datum der Beendigung des Hauptverfahrens;**
- (j) das Gericht, das gemäß Artikel 5 für eine Anfechtung der Entscheidung zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens zuständig ist und gegebenenfalls die Frist für die Anfechtung bzw. einen Verweis auf die Kriterien für die Berechnung dieser Frist.**

3. Absatz 2 steht dem nicht entgegen, dass die Mitgliedstaaten zusätzliche Dokumente oder Informationen, beispielsweise die Amtsenthebung von Mitgliedern der Geschäftsleitung im Zusammenhang mit einer Insolvenz, in ihre nationalen Insolvenzregister aufnehmen.

4. Die Mitgliedstaaten sind nicht verpflichtet, die in Absatz 1 genannten Informationen über natürliche Personen, die keine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausüben, in die Insolvenzregister aufzunehmen oder diese Informationen über das System der Vernetzung dieser Register öffentlich zugänglich zu machen, sofern bekannte ausländische Gläubiger gemäß Artikel 54 über die in Absatz 2 Buchstabe j genannten Elemente informiert werden.

Nutzt ein Mitgliedstaat die in Absatz 4 Unterabsatz 1 genannte Möglichkeit, so beeinträchtigen die Insolvenzverfahren nicht die Forderungen der ausländischen Gläubiger, die die Informationen gemäß Unterabsatz 1 nicht erhalten haben.

5. Die Bekanntmachung von Informationen in den Registern gemäß dieser Verordnung hat keine anderen Rechtswirkungen als die, die nach nationalem Recht und in Artikel 55 Absatz 6 festgelegt sind.

Artikel 25

Vernetzung von Insolvenzregistern

- 1. Die Kommission richtet im Wege eines Durchführungsrechtsakts ein dezentrales System zur Vernetzung der Insolvenzregister ein. Dieses System besteht aus den Insolvenzregistern und dem Europäischen Justizportal, das für die Öffentlichkeit als zentraler Zugangspunkt zu elektronischen Informationen aus dem System dient. Das System bietet für die Abfrage der Pflichtinformationen und alle anderen Dokumente oder Informationen im Insolvenzregister, das von den Mitgliedstaaten über das Europäische Justizportal verfügbar gemacht werden kann, einen Suchdienst in allen Amtssprachen der Organe der Union.**

- 2. Die Kommission legt im Wege von Durchführungsrechtsakten gemäß dem Verfahren nach Artikel 87 spätestens am.....[48 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung] Folgendes fest:**
 - (a) die technischen Spezifikationen für die elektronische Kommunikation und den elektronischen Informationsaustausch auf der Grundlage der festgelegten Schnittstellenspezifikation für das System zur Vernetzung der Insolvenzregister;**
 - (b) die technischen Maßnahmen, durch die die IT-Mindestsicherheitsstandards für die Bereitstellung und Verbreitung von Informationen innerhalb des Systems zur Vernetzung der Insolvenzregister gewährleistet werden;**
 - (c) die Mindestkriterien für den vom Europäischen Justizportal bereitgestellten Suchdienst anhand der Informationen nach Artikel 24;**
 - (d) die Mindestkriterien für die Anzeige der Suchergebnisse in Bezug auf die Informationen nach Artikel 24;**
 - (e) die Modalitäten und technischen Bedingungen für die Verfügbarkeit der durch das System der Registervernetzung angebotenen Dienste; und**
 - (f) ein Glossar mit einer allgemeinen Erläuterung der in Anhang A genannten nationalen Insolvenzverfahren.**

Artikel 26

Kosten für die Einrichtung und Vernetzung der Insolvenzregister

- 1. Die Einrichtung, Pflege und Weiterentwicklung des Systems zur Vernetzung der Insolvenzregister wird aus dem Gesamthaushalt der Union finanziert.**
- 2. Jeder Mitgliedstaat trägt die Kosten für die Einrichtung seiner nationalen Insolvenzregister und für deren Interoperabilität mit dem Europäischen Justizportal sowie die Kosten für die Verwaltung, den Betrieb und die Pflege dieser Register. Davon unberührt bleibt die Möglichkeit, Zuschüsse zur Unterstützung dieser Vorhaben im Rahmen der Finanzierungsprogramme der Europäischen Union zu beantragen.**

Artikel 27

Bedingungen für den Zugang zu Informationen über das System zur Vernetzung

- 1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die Pflichtinformationen nach Artikel 24 Absatz 2 Buchstaben a bis j über das System der vernetzten Insolvenzregister gebührenfrei zur Verfügung stehen.**
- 2. Diese Verordnung steht dem nicht entgegen, dass die Mitgliedstaaten für den Zugang zu den Dokumenten oder zusätzlichen Informationen nach Artikel 24 Absatz 3 über das System der vernetzten Insolvenzregister eine angemessene Gebühr erheben.**
- 3. Die Mitgliedstaaten können den Zugang zu Pflichtinformationen bezüglich natürlicher Personen, die keine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausüben sowie bezüglich natürlicher Personen, die eine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausüben, sofern sich das Insolvenzverfahren nicht auf diese Tätigkeit bezieht, von zusätzlichen, über die Mindestkriterien nach Artikel 25 Absatz 2 Buchstabe c hinausgehenden Suchkriterien in Bezug auf den Schuldner abhängig machen.**

4. **Die Mitgliedstaaten können ferner verlangen, dass der Zugang zu den Informationen nach Absatz 3 von einem Antrag an die zuständige Behörde abhängig zu machen ist. Die Mitgliedstaaten können den Zugang von der Prüfung des rechtmäßigen Anspruchs auf den Zugang zu diesen Daten anhängig machen. Der anfragenden Person muss es möglich sein, das Auskunftersuchen in elektronischer Form anhand eines Standardformulars über das Europäische Justizportal zu übermitteln. Ist ein rechtmäßiger Anspruch erforderlich, so kann die anfragende Person die Rechtmäßigkeit ihres Antrags anhand von Kopien einschlägiger Dokumente in elektronischer Form belegen. Die anfragende Person erhält innerhalb von drei Arbeitstagen eine Antwort von der zuständigen Behörde.**

Die anfragende Person darf weder dazu verpflichtet werden, Übersetzungen der Dokumente, die die Rechtmäßigkeit ihres Antrags belegen, zur Verfügung zu stellen, noch dazu, die Kosten für die der Behörde möglicherweise aufgrund der Übersetzungen anfallenden Kosten zu tragen.

Artikel [...] 28

Öffentliche Bekanntmachung in einem anderen Mitgliedstaat

1. **Auf Antrag des Insolvenzverwalters oder des Schuldners in Eigenverwaltung wird der wesentliche Inhalt der Entscheidung zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens und gegebenenfalls der Entscheidung zur Bestellung des Insolvenzverwalters in jedem anderen Mitgliedstaat, in dem sich eine Niederlassung des Schuldners befindet, nach dem in diesem Mitgliedstaat vorgesehenen Verfahren veröffentlicht. In der Bekanntmachung ist gegebenenfalls anzugeben, welcher Insolvenzverwalter bestellt wurde und ob sich die Zuständigkeit aus Artikel 3 Absatz 1 oder Absatz 2 ergibt.**
2. **Falls der Insolvenzverwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung es für notwendig erachtet, werden die Angaben nach Absatz 1 auf Antrag des Insolvenzverwalters oder des Schuldners in Eigenverwaltung in jedem anderen Mitgliedstaat nach dem in diesem Staat vorgesehenen Verfahren der Bekanntmachung veröffentlicht.**

Artikel [...] 29

Eintragung in öffentliche Register eines anderen Mitgliedstaats

- 1. Ist es in einem Mitgliedstaat, in dem sich eine in einem öffentlichen Register dieses Mitgliedstaats eingetragene Niederlassung des Schuldners befindet oder in dem unbewegliches Vermögen des Schuldners belegen ist, gesetzlich vorgeschrieben, dass die Informationen nach Artikel 28 über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens im Grundbuch, Handelsregister oder einem sonstigen öffentlichen Register einzutragen sind, stellt der Insolvenzverwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung die Eintragung durch alle dazu erforderlichen Maßnahmen sicher.**
- 2. Auf Antrag des Insolvenzverwalters oder des Schuldners in Eigenverwaltung erfolgt diese Eintragung in jedem anderen Mitgliedstaat, sofern das Recht des Mitgliedstaats, der das Register führt, die Eintragung zulässt.**

Artikel [...] 30

Kosten

Die Kosten der öffentlichen Bekanntmachung nach Artikel [...] 28 und der Eintragung nach Artikel [...] 29 gelten als Kosten und Aufwendungen des Verfahrens.

Artikel [...] 31

Leistung an den Schuldner

1. Wer in einem Mitgliedstaat an einen Schuldner leistet, über dessen Vermögen in einem anderen Mitgliedstaat ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, obwohl er an den [...] **Insolvenzverwalter** des Insolvenzverfahrens hätte leisten müssen, wird befreit, wenn ihm die Eröffnung des Verfahrens nicht bekannt war.
2. Erfolgt die Leistung vor der öffentlichen Bekanntmachung nach Artikel [...] **28**, so wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass dem Leistenden die Eröffnung nicht bekannt war; erfolgt die Leistung nach der Bekanntmachung gemäß Artikel [...] **28**, so wird bis zum Beweis des Gegenteils vermutet, dass dem Leistenden die Eröffnung bekannt war.

Artikel [...] 32

Anerkennung und Vollstreckbarkeit sonstiger Entscheidungen

1. **Die zur Durchführung und Beendigung eines Insolvenzverfahrens ergangenen Entscheidungen eines Gerichts, dessen Eröffnungsentscheidung nach Artikel [...] 19 anerkannt wird, sowie ein von einem solchen Gericht bestätigter Vergleich werden ebenfalls ohne weitere Förmlichkeiten anerkannt. Diese Entscheidungen werden nach den Artikeln 39 bis 57 mit Ausnahme der Artikel 45 und 46 der Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 vollstreckt.**

Unterabsatz 1 gilt auch für Entscheidungen, die unmittelbar aufgrund des Insolvenzverfahrens ergehen und in engem Zusammenhang damit stehen, auch wenn diese Entscheidungen von einem anderen Gericht getroffen werden.

Unterabsatz 1 gilt auch für Entscheidungen über Sicherungsmaßnahmen, die nach dem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder in Verbindung damit getroffen werden.

- 2. Die Anerkennung und Vollstreckung anderer als der in Absatz 1 genannten Entscheidungen unterliegen der in Absatz 1 genannten Verordnung, soweit jene Verordnung anwendbar ist.**

Artikel [...] 33

Öffentliche Ordnung

Jeder Mitgliedstaat kann sich weigern, ein in einem anderen Mitgliedstaat eröffnetes Insolvenzverfahren anzuerkennen oder eine in einem solchen Verfahren ergangene Entscheidung zu vollstrecken, soweit diese Anerkennung oder diese Vollstreckung zu einem Ergebnis führt, das offensichtlich mit seiner öffentlichen Ordnung, insbesondere mit den Grundprinzipien oder den verfassungsmäßig garantierten Rechten und Freiheiten des einzelnen, unvereinbar ist.

KAPITEL III

SEKUNDÄRINSOLVENZVERFAHREN

Artikel [...] 34

Verfahrenseröffnung

Ist durch ein Gericht eines Mitgliedstaats ein Hauptinsolvenzverfahren eröffnet worden, das in einem anderen Mitgliedstaat anerkannt worden ist, kann ein nach Artikel 3 Absatz 2 zuständiges Gericht dieses anderen Mitgliedstaats nach Maßgabe dieses Kapitels ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnen. Ist es für das Hauptinsolvenzverfahren erforderlich, dass der Schuldner insolvent ist, so wird die Insolvenz des Schuldners in dem Mitgliedstaat, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet werden kann, nicht erneut geprüft. Die Wirkungen des Sekundärinsolvenzverfahrens sind auf das Vermögen des Schuldners beschränkt, das im Gebiet des Mitgliedstaats belegen ist, in dem dieses Verfahren eröffnet wurde.

Artikel [...] 35

Anwendbares Recht

Soweit diese Verordnung nichts anderes bestimmt, finden auf das Sekundärinsolvenzverfahren die Rechtsvorschriften des Mitgliedstaats Anwendung, in dessen Gebiet das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden ist.

Artikel 36

Recht, zur Vermeidung eines Sekundärinsolvenzverfahrens eine Zusicherung zu geben

- 1. Um die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens zu vermeiden, darf der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens in Bezug auf in dem Mitgliedstaat, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet werden könnte, belegene Gegenstände der Masse eine einseitige Zusicherung (im Folgenden "Zusicherung") des Inhalts geben, dass er bei der Verteilung dieser Vermögen oder des bei ihrer Verwertung erzielten Erlöses die Verteilungs- und Vorzugsrechte nach nationalem Recht wahrt, die Gläubiger hätten, wenn ein Sekundärinsolvenzverfahren in diesem Mitgliedstaat eröffnet worden wäre. Die Zusicherung nennt ihre sachlichen Grundlagen, insbesondere in Bezug auf die in dem betreffenden Mitgliedstaat belegenen Gegenstände der Masse und die Möglichkeiten ihrer Verwertung.**

- 2. Wurde eine Zusicherung im Einklang mit diesem Artikel gegeben, so gilt für die Verteilung des Erlöses aus der Verwertung von Gegenständen der Masse nach Absatz 1, für den Rang der Forderungen und für die Rechte der Gläubiger in Bezug auf Gegenstände der Masse nach Absatz 1 das Recht des Mitgliedstaats, in dem das Sekundärverfahren hätte eröffnet werden können. Maßgebender Zeitpunkt für die Feststellung, welche Gegenstände nach Absatz 1 betroffen sind, ist der Zeitpunkt der Abgabe der Zusicherung.**

- 3. Die Zusicherung wird in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Mitgliedstaats gegeben, in dem ein Sekundärverfahren hätte eröffnet werden können, oder – falls es in dem betreffenden Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen gibt – in der Amtssprache oder einer Amtssprache des Ortes, an dem das Sekundärinsolvenzverfahren hätte eröffnet werden können.**
- 4. Die Zusicherung wird in schriftlicher Form gegeben. Sie unterliegt gegebenenfalls im Staat der Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens geltenden weiteren Formerfordernissen und Zustimmungserfordernissen hinsichtlich der Verteilung.**
- 5. Die Zusicherung muss von den bekannten lokalen Gläubigern gebilligt werden. Die Regeln über die qualifizierte Mehrheit und über die Abstimmung, die für die Billigung von Restrukturierungsplänen gemäß dem Recht des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren hätte eröffnet werden können, gelten, gelten auch für die Billigung der Zusicherung. Sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist, sollten die Gläubiger in der Lage sein, über Fernkommunikationsmittel an der Abstimmung teilzunehmen. Der Insolvenzverwalter unterrichtet die bekannten lokalen Gläubiger über die Zusicherung, die Regeln und Einzelheiten für deren Billigung sowie die Billigung oder Ablehnung der Zusicherung.**
- 6. Die gemäß diesem Artikel gegebene und gebilligte Zusicherung ist für die Insolvenzmasse verbindlich. Wurde ein Sekundärinsolvenzverfahren gemäß den Artikeln 37 und 38 eröffnet, gibt der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens Gegenstände der Masse, die er nach dem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens aus dem Gebiet dieses Mitgliedstaats entfernt hat, oder – falls diese bereits verwertet wurden – ihren Erlös an den Insolvenzverwalter des Sekundärinsolvenzverfahrens heraus.**

- 7. Hat der Insolvenzverwalter eine Zusicherung gegeben, so informiert er lokale Gläubiger vor der Verteilung von Gegenständen der Masse oder des Erlöses im Sinne des Absatzes 1 über die beabsichtigte Verteilung. Entspricht die Information nicht dem Inhalt der Zusicherung oder geltendem Recht, kann jeder lokale Gläubiger diese Verteilung vor einem Gericht des Mitgliedstaats anfechten, in dem das Hauptinsolvenzverfahren eröffnet wurde, um eine Verteilung gemäß dem Inhalt der Zusicherung und dem geltendem Recht zu erreichen. In diesem Fall wird keine Verteilung vorgenommen, bis das Gericht über die Anfechtung entschieden hat.**
- 8. Lokale Gläubiger können die Gerichte des Mitgliedstaats, in dem ein Hauptinsolvenzverfahren eröffnet wurde, anrufen, um den Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens zu verpflichten, die Einhaltung des Inhalts der Zusicherung durch alle geeigneten Maßnahmen nach dem nationalen Recht des Mitgliedstaats, in dem das Hauptinsolvenzverfahren eröffnet wurde, sicherzustellen.**
- 9. Lokale Gläubiger können auch die Gerichte des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden wäre, anrufen, damit das Gericht einstweilige Maßnahmen oder Sicherungsmaßnahmen ergreift, um die Einhaltung des Inhalts der Zusicherung durch den Insolvenzverwalter sicherzustellen.**
- 10. Der Insolvenzverwalter haftet gegenüber den lokalen Gläubigern für jeden Schaden infolge der Nichterfüllung seiner Pflichten und Auflagen im Sinne dieses Artikels.**
- 11. Für die Zwecke dieses Artikels gilt eine Behörde in dem Mitgliedstaat, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren hätte eröffnet werden können, die nach der Richtlinie 2008/94/EG verpflichtet ist, die Befriedigung nicht erfüllter Ansprüche von Arbeitnehmern aus Arbeitsverträgen oder Arbeitsverhältnissen zu garantieren, als "lokaler Gläubiger", sofern dies im nationalen Recht vorgesehen ist.**

Artikel [...] 37

Recht auf Beantragung eines Sekundärinsolvenzverfahrens

1. **Die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens kann beantragt werden von**
 - a) **dem Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens,**
 - b) **jeder anderen Person oder Behörde, die nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dessen Hoheitsgebiet die Eröffnung des Sekundärinsolvenzverfahrens beantragt wird, dazu befugt ist.**
2. **Ist eine Zusicherung im Einklang mit Artikel 36 bindend geworden, so muss der Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt der Mitteilung über die Billigung der Zusicherung gestellt werden.**

Artikel 38

Entscheidung zur Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens

1. **Das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens befassete Gericht unterrichtet den Insolvenzverwalter oder den Schuldner in Eigenverwaltung des Hauptinsolvenzverfahrens umgehend davon und gibt ihm Gelegenheit, sich zu dem Antrag zu äußern.**
2. **Hat der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens eine Zusicherung gemäß Artikel 36 gegeben, so eröffnet das in Absatz 1 genannte Gericht auf Antrag des Insolvenzverwalters kein Sekundärinsolvenzverfahren, wenn es der Überzeugung ist, dass die Zusicherung das allgemeine Interesse der lokalen Gläubiger angemessen schützt.**

- 3. Wurde eine vorübergehende Aussetzung eines Einzelvollstreckungsverfahrens gewährt, um Verhandlungen zwischen dem Schuldner und seinen Gläubigern zu ermöglichen, so kann das Gericht auf Antrag des Insolvenzverwalters oder des Schuldners in Eigenverwaltung die Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens für einen Zeitraum von höchstens drei Monaten aussetzen, vorausgesetzt es bestehen geeignete Maßnahmen zum Schutz des Interesses der lokalen Gläubiger.**

Das in Absatz 1 genannte Gericht kann Sicherungsmaßnahmen zum Schutz des Interesses der lokalen Gläubiger anordnen, indem es dem Insolvenzverwalter oder Schuldner in Eigenverwaltung untersagt, Gegenstände der Masse, die in dem Mitgliedstaat belegen sind, in dem sich seine Niederlassung befindet, zu entfernen oder zu veräußern, es sei denn, dies erfolgt im Rahmen des gewöhnlichen Geschäftsverkehrs. Das Gericht kann ferner andere Maßnahmen zum Schutz des Interesses der lokalen Gläubiger während einer Aussetzung anordnen, es sei denn, dies ist mit den nationalen Vorschriften über Zivilverfahren unvereinbar.

Die Aussetzung der Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens wird vom Gericht auf eigene Initiative oder auf Ersuchen eines Gläubigers widerrufen, wenn während der Aussetzung im Zuge der Verhandlungen gemäß Unterabsatz 1 eine Vereinbarung geschlossen wurde.

Die Aussetzung kann vom Gericht auf eigene Initiative oder auf Ersuchen eines Gläubigers widerrufen werden, wenn die Fortführung der Aussetzung den Rechten des Gläubigers schadet, insbesondere wenn die Verhandlungen unterbrochen worden sind oder wenn offensichtlich geworden ist, dass sie wahrscheinlich nicht abgeschlossen werden, oder wenn der Insolvenzverwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung gegen das Verbot der Veräußerung von Gegenständen der Masse oder ihres Entfernens aus dem Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, in dem sich seine Niederlassung befindet, verstoßen hat.

4. **Auf Antrag des Insolvenzverwalters des Hauptinsolvenzverfahrens kann das Gericht nach Absatz 1 abweichend von dem ursprünglich beantragten Insolvenzverfahren eines der in Anhang A genannten Insolvenzverfahren eröffnen, sofern die Bedingungen für die Eröffnung dieses anderen innerstaatlichen Verfahrens erfüllt sind und dieses Verfahren am besten geeignet ist, dem Interesse der lokalen Gläubiger und dem der Kohärenz zwischen Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren Rechnung zu tragen. Artikel 34 Satz 2 findet Anwendung.**

Artikel 39

Gerichtliche Nachprüfung der Entscheidung zur Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens

Der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens kann die Entscheidung zur Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens bei dem Gericht des Mitgliedstaats, in dem das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet wurde, mit der Begründung anfechten, dass das Gericht den Bedingungen und Anforderungen des Artikels 38 nicht entsprochen hat.

Artikel [...] 40

Kostenvorschuss

Verlangt das Recht des Mitgliedstaats, in dem ein Sekundärinsolvenzverfahren beantragt wird, dass die Kosten des Verfahrens einschließlich der Auslagen ganz oder teilweise durch die Masse gedeckt sind, so kann das Gericht, bei dem ein solcher Antrag gestellt wird, vom Antragsteller einen Kostenvorschuss oder eine angemessene Sicherheitsleistung verlangen.

Artikel 41

Zusammenarbeit und Kommunikation der Insolvenzverwalter

- 1. Der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens und der oder die Insolvenzverwalter des Sekundärinsolvenzverfahrens über das Vermögen desselben Schuldners arbeiten zusammen, soweit diese Zusammenarbeit mit den für das jeweilige Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist. Die Zusammenarbeit kann in beliebiger Form, einschließlich durch den Abschluss von Vereinbarungen oder Protokollen, erfolgen.**

- 2. Bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach Absatz 1 obliegt es den Insolvenzverwaltern,**
 - (a) einander so bald wie möglich alle Informationen mitzuteilen, die für das jeweilige andere Verfahren von Bedeutung sein können, insbesondere den Stand der Anmeldung und der Prüfung der Forderungen sowie alle Maßnahmen zur Sanierung oder Restrukturierung des Schuldners oder zur Beendigung des Insolvenzverfahrens, vorausgesetzt, es bestehen geeignete Vereinbarungen zum Schutz vertraulicher Informationen;**

 - (b) Möglichkeiten einer Restrukturierung des Schuldners zu prüfen; falls eine solche Möglichkeit besteht, koordinieren sie Ausarbeitung und Umsetzung eines Restrukturierungsplans;**

 - (c) die Verwertung oder Verwendung der Insolvenzmasse zu koordinieren; der Insolvenzverwalter eines Sekundärinsolvenzverfahrens gibt dem Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens frühzeitig Gelegenheit, Vorschläge für die Verwertung oder Verwendung der Masse des Sekundärinsolvenzverfahrens zu unterbreiten.**

- 3. Die Absätze 1 und 2 gelten sinngemäß für Fälle, in denen der Schuldner während des Haupt- oder Sekundärinsolvenzverfahrens oder eines der Partikularverfahren über das Vermögen desselben Schuldners, das bzw. die zum selben Zeitpunkt eröffnet wurde(n), die Verfügungsgewalt über sein Vermögen behält.**

Artikel 42

Zusammenarbeit und Kommunikation der Gerichte

- 1. Um die Koordinierung von Hauptinsolvenzverfahren, Partikularverfahren und Sekundärinsolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners zu erleichtern, arbeiten die Gerichte, die mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens befasst sind oder die ein solches Verfahren eröffnet haben, zusammen, soweit diese Zusammenarbeit mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist. Die Gerichte können hierzu bei Bedarf eine unabhängige Person oder Stelle bestellen bzw. bestimmen, die auf ihre Weisungen hin tätig wird, sofern dies mit den für sie geltenden Vorschriften vereinbar ist.**
- 2. Bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach Absatz 1 können die Gerichte oder eine von ihnen bestellte bzw. bestimmte und in ihrem Auftrag tätige Person oder Stelle im Sinne des Absatzes 1 direkt miteinander kommunizieren oder einander direkt um Informationen und Unterstützung ersuchen, vorausgesetzt, bei dieser Kommunikation werden die Verfahrensrechte der Parteien sowie die Vertraulichkeit der Informationen gewahrt.**
- 3. Die Zusammenarbeit im Sinne des Absatzes 1 kann auf jedem von dem Gericht als geeignet erachteten Weg erfolgen. Sie kann sich insbesondere beziehen auf**
 - (a) die Koordinierung bei der Bestellung von Insolvenzverwaltern,**
 - (b) die Mitteilung von Informationen auf jedem von dem betreffenden Gericht als geeignet erachteten Weg,**
 - (c) die Koordinierung der Verwaltung und Überwachung der Insolvenzmasse,**
 - (d) die Koordinierung der Verhandlungen,**
 - (e) erforderlichenfalls die Koordinierung der Zustimmung zu einem Protokoll.**

Artikel 43

Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Insolvenzverwaltern und Gerichten

- 1. Um die Koordinierung von Hauptinsolvenzverfahren, Partikularverfahren und Sekundärinsolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners zu erleichtern,**
 - (a) arbeitet der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens mit dem Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Sekundärinsolvenzverfahrens befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen und kommuniziert mit diesem,**
 - (b) arbeitet der Insolvenzverwalter eines Partikularverfahrens oder Sekundärinsolvenzverfahrens mit dem Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen und kommuniziert mit diesem, und**
 - (c) arbeitet der Insolvenzverwalter eines Partikularverfahrens oder Sekundärinsolvenzverfahrens mit dem Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung eines anderen Partikularverfahrens oder Sekundärinsolvenzverfahrens befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen und kommuniziert mit diesem,**

soweit diese Zusammenarbeit und Kommunikation jeweils mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar sind und keine Interessenkonflikte nach sich ziehen.
- 2. Die Zusammenarbeit im Sinne des Absatzes 1 kann auf jedem geeigneten Weg, wie etwa in Artikel 31a Absatz 3 dargelegt, erfolgen.**

Artikel 44

Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation

Die Artikel 42 und 43 dürfen nicht zur Folge haben, dass Gerichte einander die Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation in Rechnung stellen.

Artikel [...] 45

Ausübung von Gläubigerrechten

1. Jeder Gläubiger kann seine Forderung im Hauptinsolvenzverfahren und in jedem Sekundärinsolvenzverfahren anmelden.
2. Die [...] **Insolvenzverwalter** des Hauptinsolvenzverfahrens und der Sekundärinsolvenzverfahren melden in den anderen Verfahren die Forderungen an, die in dem Verfahren, für das sie bestellt sind, bereits angemeldet worden sind, soweit dies für die Gläubiger des letztgenannten Verfahrens zweckmäßig ist und vorbehaltlich des Rechts dieser Gläubiger, dies abzulehnen oder die Anmeldung zurückzunehmen, sofern ein solches Recht gesetzlich vorgesehen ist.
3. Der [...] **Insolvenzverwalter** eines Haupt- oder eines Sekundärinsolvenzverfahrens ist berechtigt, wie ein Gläubiger an einem anderen Insolvenzverfahren mitzuwirken, insbesondere indem er an einer Gläubigerversammlung teilnimmt.

Aussetzung der Verwertung der Masse

1. Das Gericht, welches das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet hat, setzt auf Antrag des [...] **Insolvenzverwalters** des Hauptinsolvenzverfahrens die Verwertung **der Masse** ganz oder teilweise aus; dem zuständigen Gericht steht jedoch das Recht zu, in diesem Fall vom [...] **Insolvenzverwalter** des Hauptinsolvenzverfahrens alle angemessenen Maßnahmen zum Schutz der Interessen der Gläubiger des Sekundärinsolvenzverfahrens sowie einzelner Gruppen von Gläubigern zu verlangen. Der Antrag des [...] **Insolvenzverwalters** des Hauptinsolvenzverfahrens kann nur abgelehnt werden, wenn die Aussetzung offensichtlich für die Gläubiger des Hauptinsolvenzverfahrens nicht von Interesse ist. Die Aussetzung der Verwertung **der Masse** kann für höchstens drei Monate angeordnet werden. Sie kann für jeweils denselben Zeitraum verlängert oder erneuert werden.

2. Das Gericht nach Absatz 1 hebt die Aussetzung der Verwertung **der Masse** in folgenden Fällen auf:
 - auf Antrag des [...] **Insolvenzverwalters** des Hauptinsolvenzverfahrens,
 - von Amts wegen, auf Antrag eines Gläubigers oder auf Antrag des [...] **Insolvenzverwalters** des Sekundärinsolvenzverfahrens, wenn sich herausstellt, dass diese Maßnahme insbesondere nicht mehr mit dem Interesse der Gläubiger des Haupt- oder des Sekundärinsolvenzverfahrens zu rechtfertigen ist.

Artikel 47

Recht des Insolvenzverwalters, Restrukturierungspläne vorzuschlagen

- 1. Kann nach dem Recht des Mitgliedstaats, in dem das Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden ist, ein solches Verfahren ohne Liquidation durch einen Sanierungsplan, einen Vergleich oder eine andere vergleichbare Maßnahme beendet werden, so hat der Insolvenzverwalter des Hauptinsolvenzverfahrens das Recht, eine solche Maßnahme im Einklang mit dem Verfahren des betreffenden Mitgliedstaats vorzuschlagen.**
- 2. Jede Beschränkung der Rechte der Gläubiger, wie zum Beispiel eine Stundung oder eine Schuldbefreiung, die sich aus einer in einem Sekundärinsolvenzverfahren vorgeschlagenen Maßnahme im Sinne des Absatzes 1 ergibt, kann nur dann Auswirkungen auf das nicht von diesem Verfahren betroffene Vermögen des Schuldners haben, wenn alle betroffenen Gläubiger der Maßnahme zustimmen.**

Artikel 48

Auswirkungen der Beendigung eines Insolvenzverfahrens

- 1. Unbeschadet des Artikels 49 steht die Beendigung eines Insolvenzverfahrens der Fortführung eines zu diesem Zeitpunkt noch laufenden anderen Insolvenzverfahrens über das Vermögen desselben Schuldners nicht entgegen.**
- 2. Hätte ein Insolvenzverfahren im Zusammenhang mit einer juristischen Person oder einer Gesellschaft in dem Mitgliedstaat, in dem diese Person oder Gesellschaft ihren Sitz hat, deren Auflösung zur Folge, so besteht die betreffende juristische Person oder Gesellschaft so lange fort, bis jedes andere Insolvenzverfahren über das Vermögen desselben Schuldners beendet wurde oder der/die Insolvenzverwalter dieses anderen Verfahrens der Auflösung zugestimmt hat/haben.**

Artikel [...] 49

Überschuss im Sekundärinsolvenzverfahren

Können bei der Verwertung der Masse des Sekundärinsolvenzverfahrens alle in diesem Verfahren festgestellten Forderungen befriedigt werden, so übergibt der in diesem Verfahren bestellte [...] **Insolvenzverwalter** den verbleibenden Überschuss unverzüglich dem [...] **Insolvenzverwalter** des Hauptinsolvenzverfahrens.

Artikel [...] 50

Nachträgliche Eröffnung des Hauptinsolvenzverfahrens

Wird ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 1 eröffnet, nachdem in einem anderen Mitgliedstaat ein Verfahren nach Artikel 3 Absatz 2 eröffnet worden ist, so gelten die Artikel [...] **41, 45 bis 47 und 49** für das zuerst eröffnete Insolvenzverfahren, soweit dies nach dem Stand dieses Verfahrens möglich ist.

Artikel [...] 51

Umwandlung von Sekundärinsolvenzverfahren

- 1. Auf Antrag des Insolvenzverwalters des Hauptinsolvenzverfahrens kann das Gericht eines Mitgliedstaats, bei dem ein Sekundärinsolvenzverfahren eröffnet worden ist, die Umwandlung des Sekundärinsolvenzverfahrens in eines der in Anhang A genannten Insolvenzverfahren anordnen, sofern die Bedingungen für die Eröffnung dieses anderen innerstaatlichen Verfahrens erfüllt sind und dieses Verfahren am besten geeignet ist, dem Interesse der lokalen Gläubiger und dem der Kohärenz zwischen Haupt- und Sekundärinsolvenzverfahren Rechnung zu tragen.**
- 2. Bei der Prüfung des Antrags kann das Gericht Informationen von den an beiden Verfahren beteiligten Insolvenzverwaltern anfordern.**

Artikel [...] 52

Sicherungsmaßnahmen

Bestellt das nach Artikel 3 Absatz 1 zuständige Gericht eines Mitgliedstaats zur Sicherung des Schuldnervermögens einen vorläufigen Verwalter, so ist dieser berechtigt, zur Sicherung und Erhaltung des Schuldnervermögens, das sich in einem anderen Mitgliedstaat befindet, jede Maßnahme zu beantragen, die nach dem Recht dieses Staates für die Zeit zwischen dem Antrag auf Eröffnung eines Liquidationsverfahrens und dessen Eröffnung vorgesehen ist.

KAPITEL IV

UNTERRICHTUNG DER GLÄUBIGER UND ANMELDUNG IHRER FORDERUNGEN

Artikel [...] 53

Recht auf Forderungsanmeldung

Jeder Gläubiger, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz in einem anderen Mitgliedstaat als dem Staat der Verfahrenseröffnung hat, einschließlich der Steuerbehörden und der Sozialversicherungsträger der Mitgliedstaaten ("ausländischer Gläubiger"), kann zur Anmeldung seiner Forderungen in dem Insolvenzverfahren alle Arten von Kommunikationsmitteln verwenden, die nach dem Recht des Eröffnungsstaats zulässig sind. Für die Zwecke der Anmeldung einer Forderung allein ist die Vertretung durch einen Rechtsanwalt oder sonstigen Rechtsbeistand nicht zwingend.

Pflicht zur Unterrichtung der Gläubiger

1. Sobald in einem Mitgliedstaat ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, unterrichtet das zuständige Gericht dieses Staates oder der von diesem Gericht bestellte [...] **Insolvenzverwalter** unverzüglich die bekannten Gläubiger, die in den anderen Mitgliedstaaten ihren gewöhnlichen Aufenthalt, Wohnsitz oder Sitz haben.
2. Die Unterrichtung erfolgt durch individuelle Übersendung eines Vermerks und gibt insbesondere an, welche Fristen einzuhalten sind, welches die Versäumnisfolgen sind, welche Stelle für die Entgegennahme der Anmeldungen zuständig ist und welche weiteren Maßnahmen vorgeschrieben sind. In dem Vermerk ist auch anzugeben, ob die bevorrechtigten oder dinglich gesicherten Gläubiger ihre Forderungen anmelden müssen. **Dem Vermerk ist des Weiteren eine Kopie des Standardformulars für die Anmeldung von Forderungen gemäß Artikel 55 beizufügen oder es ist anzugeben, wo dieses Formular erhältlich ist.**
3. **Die Unterrichtung nach diesem Artikel erfolgt mithilfe eines Standardformulars (...), das gemäß Artikel 88 festgelegt wird. Das Formular wird im Europäischen Justizportal veröffentlicht und trägt den Titel "Mitteilung über die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens" in sämtlichen Amtssprachen der Organe der Union. Es wird in der Amtssprache des Staates der Verfahrenseröffnung oder – falls es in dem betreffenden Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen gibt – in der Amtssprache oder einer der Amtssprachen des Ortes, an dem das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, oder in einer anderen Sprache übermittelt, die dieser Staat gemäß Artikel 55 Absatz 5 zugelassen hat, wenn anzunehmen ist, dass diese Sprache für ausländische Gläubiger leichter zu verstehen ist.**
4. **Bei Insolvenzverfahren bezüglich einer natürlichen Person, die keine selbständige oder freiberufliche Tätigkeit ausübt, ist die Verwendung des in diesem Artikel genannten Standardformulars nicht vorgeschrieben, sofern die Gläubiger nicht verpflichtet sind, ihre Forderungen anzumelden, damit ihre Schulden im Verfahren berücksichtigt werden.**

Verfahren für die Forderungsanmeldung

- 1. Ausländische Gläubiger können ihre Forderungen mithilfe eines Standardformulars anmelden, das gemäß Artikel 88 festgelegt wird. Das Formular trägt den Titel "Forderungsanmeldung" in sämtlichen Amtssprachen der Organe der Union.**
- 2. Das Standardformular für die Forderungsanmeldung nach Absatz 1 enthält die folgenden Angaben:**
 - (a) Name, Postanschrift, E-Mail-Adresse sofern vorhanden, persönliche Kennnummer sofern vorhanden sowie Bankverbindung des Gläubigers im Sinne des Absatzes 1,**
 - b) Forderungsbetrag unter Angabe der Hauptforderung und gegebenenfalls der Zinsen sowie Entstehungszeitpunkt der Forderung und – sofern davon abweichend – Fälligkeitsdatum,**
 - c) umfasst die Forderung auch Zinsen, Zinssatz unter Angabe, ob es sich um einen gesetzlichen oder vertraglich vereinbarten Satz handelt, sowie Zeitraum, für den die Zinsen gefordert werden, und Betrag der kapitalisierten Zinsen,**
 - d) falls Kosten für die Geltendmachung der Forderung vor Eröffnung des Verfahrens in Rechnung gestellt werden, Betrag und Aufschlüsselung dieser Kosten,**
 - e) Art der Forderung,**
 - f) ob ein Status als bevorrechtigter Gläubiger beansprucht wird und die Grundlage für einen solchen Anspruch,**

- g) ob für die Forderung eine dingliche Sicherheit oder ein Eigentumsvorbehalt geltend gemacht wird und wenn ja, welche Vermögenswerte Gegenstand der Sicherheit sind, Zeitpunkt der Überlassung der Sicherheit und Registernummer, wenn die Sicherheit in ein Register eingetragen wurde, und**
- h) ob eine Aufrechnung beansprucht wird und wenn ja, Beträge der zum Zeitpunkt der Eröffnung des Insolvenzverfahrens bestehenden gegenseitigen Forderungen, Zeitpunkt ihres Entstehens und geforderter Nettobetrag nach Aufrechnung.**

Der Forderungsanmeldung sind gegebenenfalls Belege in Kopie beizufügen.

- 3. Das Standardformular für die Forderungsanmeldung enthält den Hinweis, dass die Angaben zur Bankverbindung und die persönliche Kennnummer des Gläubigers nach Absatz 2 Buchstabe a nicht zwingend sind.**
- 4. Meldet ein Gläubiger seine Forderung auf anderem Wege als mithilfe des in Absatz 1 genannten Standardformulars an, so muss seine Forderung die in Absatz 2 genannten Angaben enthalten.**
- 5. Forderungen können in einer Amtssprache der Union angemeldet werden. Das Gericht, der Insolvenzverwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung können vom Gläubiger eine Übersetzung in die Amtssprache des Mitgliedstaats der Verfahrenseröffnung oder – falls es in dem betreffenden Mitgliedstaat mehrere Amtssprachen gibt – in die Amtssprache oder in eine der Amtssprachen des Ortes, an dem das Insolvenzverfahren eröffnet wurde, oder in eine andere Sprache, die dieser Mitgliedstaat zugelassen hat, verlangen. Jeder Mitgliedstaat gibt an, ob er jede Amtssprache der Organe der Union neben seiner oder seinen eigenen Amtssprachen für eine Forderungsanmeldung zulässt.**

6. **Forderungen sind innerhalb der gesetzlichen Frist des Mitgliedstaats der Verfahrenseröffnung anzumelden. Bei ausländischen Gläubigern beträgt diese Frist mindestens 30 Tage nach Bekanntmachung der Eröffnung des Insolvenzverfahrens im Insolvenzregister des Mitgliedstaats der Verfahrenseröffnung. Stützt sich ein Mitgliedstaat auf Artikel 24 Absatz 4, so beträgt diese Frist mindestens 30 Tage nach der Unterrichtung eines Gläubigers gemäß Artikel 54.**

7. **Äußert das Gericht, der Insolvenzverwalter oder der Schuldner in Eigenverwaltung Zweifel an einer nach Maßgabe dieses Artikels angemeldeten Forderung, so gibt er dem Gläubiger Gelegenheit, zusätzliche Belege für das Bestehen und die Höhe der Forderung vorzulegen.**

Artikel 42

[...]

KAPITEL V

INSOLVENZVERFAHREN ÜBER DAS VERMÖGEN VON MITGLIEDERN EINER UNTERNEHMENSGRUPPE

Abschnitt 1

Zusammenarbeit und Kommunikation

Artikel 56

Zusammenarbeit und Kommunikation der Insolvenzverwalter

- 1. Bei Insolvenzverfahren über das Vermögen von zwei oder mehr Mitgliedern derselben Unternehmensgruppe arbeiten die Insolvenzverwalter dieser Verfahren zusammen, soweit diese Zusammenarbeit die wirksame Abwicklung der Verfahren erleichtern kann, mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist und keine Interessenkonflikte nach sich zieht. Diese Zusammenarbeit kann in beliebiger Form, einschließlich durch den Abschluss von Vereinbarungen oder Protokollen, erfolgen.**

- 2. Bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach Absatz 1 obliegt es den Insolvenzverwaltern,**
 - a) einander so bald wie möglich alle Informationen mitzuteilen, die für das jeweilige andere Verfahren von Bedeutung sein können, vorausgesetzt, es bestehen geeignete Vereinbarungen zum Schutz vertraulicher Informationen;**

 - b) die Möglichkeiten einer Koordinierung der Verwaltung und Überwachung der Insolvenzmasse der Gruppenmitglieder, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, zu prüfen; falls eine solche Möglichkeit besteht, koordinieren sie die Verwaltung und Überwachung dieser Geschäfte;**

 - c) die Möglichkeiten einer Restrukturierung von Gruppenmitgliedern, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde, zu prüfen und, falls eine solche Möglichkeit besteht, sich in Bezug auf den Vorschlag für einen koordinierten Restrukturierungsplan und dessen Aushandlung abzustimmen.**

Für die Zwecke der Buchstaben b und c können alle oder einige der in Absatz 1 genannten Insolvenzverwalter vereinbaren, einem Insolvenzverwalter aus ihrer Mitte zusätzliche Befugnisse zu übertragen, wenn eine solche Vereinbarung nach den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften zulässig ist. Sie können ferner vereinbaren, die Wahrnehmung bestimmter Aufgaben untereinander aufzuteilen, wenn eine solche Aufteilung nach den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften zulässig ist.

Artikel 57

Zusammenarbeit und Kommunikation der Gerichte

- 1. Bei Insolvenzverfahren über das Vermögen von zwei oder mehr Mitgliedern derselben Unternehmensgruppe arbeitet ein Gericht, das ein solches Verfahren eröffnet hat, mit Gerichten, die mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe befasst sind oder die ein solches Verfahren eröffnet haben, zusammen, soweit diese Zusammenarbeit eine wirksame Verfahrensführung erleichtern kann, mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist und keine Interessenkonflikte nach sich zieht. Die Gerichte können hierzu bei Bedarf eine unabhängige Person oder Stelle bestellen bzw. bestimmen, die auf ihre Weisungen hin tätig wird, sofern dies mit den für sie geltenden Vorschriften vereinbar ist.**
- 2. Bei der Durchführung der Zusammenarbeit nach Absatz 1 können die Gerichte oder eine von ihnen bestellte bzw. bestimmte und in ihrem Auftrag tätige Person oder Stelle im Sinne des Absatzes 1 direkt miteinander kommunizieren oder einander direkt um Informationen und Unterstützung ersuchen, vorausgesetzt, bei dieser Kommunikation werden die Verfahrensrechte der Parteien sowie die Vertraulichkeit der Informationen gewahrt.**

- 3. Die Zusammenarbeit im Sinne des Absatzes 1 kann auf jedem von dem Gericht als geeignet erachteten Weg erfolgen, darunter**
- a) die Koordinierung bei der Bestellung von Insolvenzverwaltern,**
 - b) die Mitteilung von Informationen auf jedem von dem betreffenden Gericht als geeignet erachteten Weg,**
 - c) die Koordinierung der Verwaltung und Überwachung der Insolvenzmasse der Mitglieder der Unternehmensgruppe,**
 - d) die Koordinierung der Verhandlungen,**
 - e) erforderlichenfalls die Koordinierung der Zustimmung zu einem Protokoll.**

Artikel 58

Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Insolvenzverwaltern und Gerichten

Ein Insolvenzverwalter, der in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds einer Unternehmensgruppe bestellt worden ist,

- (a) arbeitet mit dem Gericht, das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe befasst ist oder das ein solches Verfahren eröffnet hat, zusammen und kommuniziert mit diesem und**
- (b) kann dieses Gericht um Informationen über die Verfahren über das Vermögen anderer Mitglieder der Unternehmensgruppe oder um Unterstützung in dem Verfahren, für das er bestellt worden ist, ersuchen,**

soweit diese Zusammenarbeit und Kommunikation die wirksame Verfahrensführung erleichtern können, keine Interessenkonflikte nach sich ziehen und mit den für die einzelnen Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar sind.

Artikel 59

Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation bei Verfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe

Die Kosten der Zusammenarbeit und Kommunikation nach den Artikeln 56 bis 60, die einem Insolvenzverwalter oder einem Gericht entstehen, gelten als Kosten und Auslagen des Verfahrens.

Artikel 60

Rechte des Insolvenzverwalters bei Verfahren über das Vermögen von Mitgliedern einer Unternehmensgruppe

- 1. Der Insolvenzverwalter eines über das Vermögen eines Mitglieds einer Unternehmensgruppe eröffneten Insolvenzverfahrens, kann – soweit dies eine wirksame Verfahrensführung erleichtern kann –**
 - a) in jedem über das Vermögen eines anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe eröffneten Verfahren gehört werden,**
 - b) eine Aussetzung jeder Maßnahme im Zusammenhang mit der Verwertung der Masse in einem Verfahren über das Vermögen jedes anderen Mitglieds derselben Unternehmensgruppe beantragen, sofern**
 - i) für alle oder einige Mitglieder der Unternehmensgruppe, über deren Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet worden ist, ein Restrukturierungsplan gemäß Artikel 56 Absatz 2 Buchstabe c vorgeschlagen wurde und hinreichende Aussicht auf Erfolg hat;**
 - ii) die Aussetzung notwendig ist, um die ordnungsgemäße Durchführung des Plans sicherzustellen;**

- iii) **der Plan den Gläubigern des Verfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird, zugute käme und**
 - iv) **weder das Insolvenzverfahren, für das der Insolvenzverwalter gemäß Absatz 1 bestellt wurde, noch das Verfahren, für das die Aussetzung beantragt wird, einer Koordinierung gemäß Abschnitt 2 dieses Kapitels unterliegen;**
- c) **die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens im Einklang mit Artikel 61 beantragen.**

2. Das Gericht, das das Verfahren nach Absatz 1 Buchstabe b eröffnet hat, setzt alle Maßnahmen im Zusammenhang mit der Verwertung der Masse in dem Verfahren ganz oder teilweise aus, wenn es sich überzeugt hat, dass die Voraussetzungen nach Absatz 1 Buchstabe b erfüllt sind.

Vor Anordnung der Aussetzung hört das Gericht den Insolvenzverwalter des Insolvenzverfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird. Die Aussetzung kann für jeden Zeitraum bis zu drei Monaten angeordnet werden, den das Gericht für angemessen hält und der mit den für das Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist.

Das Gericht, das die Aussetzung anordnet, kann verlangen, dass der Insolvenzverwalter nach Absatz 1 alle geeigneten Maßnahmen des nationalen Rechts zum Schutz der Interessen der Gläubiger des Verfahrens ergreift.

Das Gericht kann die Dauer der Aussetzung um einen weiteren Zeitraum oder mehrere weitere Zeiträume verlängern, die es für angemessen hält und die mit den für das Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar sind, sofern die in Absatz 1 Buchstabe b Ziffern ii bis iv genannten Bedingungen weiterhin erfüllt sind und die Gesamtdauer der Aussetzung (die anfängliche Dauer zuzüglich der Verlängerungen) sechs Monate nicht überschreitet.

Abschnitt 2: Koordinierung

2.1 Verfahren

Artikel 61

Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens

- 1. Ein Gruppen-Koordinationsverfahren kann von einem Insolvenzverwalter, der in einem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds der Gruppe bestellt worden ist, bei jedem Gericht, das für das Insolvenzverfahren eines Mitglieds der Gruppe zuständig ist, beantragt werden.**
- 2. Dieser Antrag erfolgt gemäß den gesetzlich geregelten Bestimmungen des Verfahrens, für das der Insolvenzverwalter bestellt wurde.**
- 3. Dem Antrag nach Absatz 1 ist Folgendes beizufügen:**
 - a) ein Vorschlag bezüglich der Person, die als Koordinationsverwalter ernannt werden soll, Einzelheiten zu ihrer Eignung nach Artikel 71, Einzelheiten zu ihren Qualifikationen und ihre schriftliche Zustimmung zur Tätigkeit als Koordinationsverwalter;**
 - b) eine Darlegung der vorgeschlagenen Gruppen-Koordination, insbesondere der Gründe, weshalb die Bestimmungen nach Artikel 63 Absatz 1 erfüllt sind;**
 - c) eine Liste der für die Mitglieder der Gruppe bestellten Insolvenzverwalter und, sofern zutreffend, die Gerichte und zuständigen Behörden, die an den Insolvenzverfahren über das Vermögen der Mitglieder der Gruppe beteiligt sind;**
 - d) eine Darlegung der geschätzten Kosten der vorgeschlagenen Gruppen-Koordination und eine Schätzung des von jedem Mitglied der Gruppe zu tragenden Anteils.**

Artikel 62

Prioritätsregel

Unbeschadet des Artikels 66 gilt Folgendes: Wird die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens bei Gerichten verschiedener Mitgliedstaaten beantragt, so erklären sich die später angerufenen Gerichte zugunsten des zuerst angerufenen Gerichts für unzuständig.

Artikel 63

Mitteilung durch das befassende Gericht

- 1. Das mit einem Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens befassende Gericht unterrichtet so bald als möglich die für die Mitglieder der Gruppe bestellten Insolvenzverwalter, die im Antrag gemäß Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe c angegeben sind, über den Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens und den vorgeschlagenen Koordinationsverwalter, wenn es sich davon überzeugt hat, dass
 - a) die Eröffnung eines solchen Verfahrens die wirksame Führung der Insolvenzverfahren über das Vermögen der verschiedenen Mitglieder der Gruppe erleichtern kann;**
 - b) nicht zu erwarten ist, dass ein Gläubiger eines Mitglieds der Gruppe, der voraussichtlich am Verfahren teilnehmen wird, durch die Einbeziehung dieses Mitglieds in das Verfahren finanziell benachteiligt wird, und**
 - c) der vorgeschlagene Koordinationsverwalter die Anforderungen gemäß Artikel 71 erfüllt.****
- 2. In der Mitteilung nach Absatz 1 sind die in Artikel 61 Absatz 3 Buchstaben a bis d genannten Elemente aufzulisten.**
- 3. Die Mitteilung nach Absatz 1 ist als Einschreiben mit Rückschein aufzugeben.**
- 4. Das befassende Gericht gibt den bestellten Insolvenzverwaltern die Gelegenheit, sich zu äußern.**

Artikel 64

Einwände der Insolvenzverwalter

- 1. Ein für ein Mitglied einer Gruppe bestellter Insolvenzverwalter kann Einwände erheben gegen**
 - (a) die Einbeziehung des Insolvenzverfahrens, für das sie bestellt wurden, in ein Gruppen-Koordinationsverfahren oder**
 - (b) die als Koordinationsverwalter vorgeschlagene Person.**

- 2. Einwände des Insolvenzverwalters gemäß Absatz 1 sind innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Mitteilung über den Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens bei dem Gericht nach Artikel 63 einzulegen.**

Der Einwand kann anhand des im Einklang mit Artikel 88 erstellten Standard-formulars eingelegt werden.

- 3. Vor einer Entscheidung über eine Teilnahme bzw. Nichtteilnahme an der Koordination gemäß Absatz 1 erwirkt ein Insolvenzverwalter die Genehmigungen, die gegebenenfalls nach dem Recht des Mitgliedstaats der Eröffnung des Insolvenzverfahrens, für das er bestellt wurde, erforderlich sind.**

Artikel 65

Folgen eines Einwands gegen die Einbeziehung in ein Gruppen-Koordinationsverfahren

- 1. Hat ein Insolvenzverwalter gegen die Einbeziehung des Verfahrens, für das er bestellt wurde, in ein Gruppen-Koordinationsverfahren Einwand erhoben, so ist dieses Verfahren nicht in das Gruppen-Koordinationsverfahren einzubeziehen.**
- 2. Die Befugnisse des Gerichts gemäß Artikel 68 oder des Koordinationsverwalters, die sich aus diesem Verfahren ergeben, haben keine Wirkung hinsichtlich des betreffenden Mitglieds und ziehen keine Kosten für dieses Mitglied nach sich.**

Artikel 66

Wahl des Gerichts für ein Gruppen-Koordinationsverfahren

- 1. Sind sich mindestens zwei Drittel aller Insolvenzverwalter, die für Insolvenzverfahren über das Vermögen der Mitglieder der Gruppe bestellt wurden, darüber einig, dass ein zuständiges Gericht eines anderen Mitgliedstaats am besten für die Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens geeignet ist, so ist dieses Gericht ausschließlich zuständig.**
- 2. Die Wahl des Gerichts erfolgt als gemeinsame Vereinbarung in Schriftform oder wird schriftlich festgehalten. Sie kann bis zum Zeitpunkt der Eröffnung des Gruppen-Koordinationsverfahrens gemäß Artikel 68 erfolgen.**
- 3. Jedes andere als das gemäß Absatz 1 befassete Gericht erklärt sich zugunsten dieses Gerichts für unzuständig.**
- 4. Der Antrag auf Eröffnung eines Koordinationsverfahrens wird dem benannten Gericht in Einklang mit Artikel 61 eingereicht.**

Artikel 67

Folgen von Einwänden gegen den vorgeschlagenen Koordinationsverwalter

Werden Einwände gegen die Person des vorgeschlagenen Koordinationsverwalters von einem Insolvenzverwalter vorgebracht, der nicht gleichzeitig Einwände gegen die Einbeziehung in das Gruppen-Koordinationsverfahren über das Vermögen des Mitglieds, für das er bestellt wurde, erhebt, kann das Gericht davon absehen, diese Person zu ernennen und den/die Insolvenzverwalter, der/die Einwände erhebt/erheben, die Einreichung eines neuen Antrags gemäß Artikel 61 Absatz 3 auffordern.

Artikel 68

Antrag auf Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens

- 1. Nach Ablauf der in Artikel 64 Absatz 2 genannten Frist kann das Gericht ein Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnen, sofern es sich davon überzeugt hat, dass die Bedingungen nach Artikel 63 Absatz 1 erfüllt sind. In diesem Fall verfährt das Gericht wie folgt:**
 - a) es bestellt einen Koordinationsverwalter;**
 - b) es entscheidet über den Entwurf der Koordination;**
 - c) es entscheidet über die Kostenschätzung und den Anteil, der von den Mitgliedern der Gruppe zu tragen ist.**
- 2. Die Entscheidung zur Eröffnung eines Gruppen-Koordinationsverfahrens wird den beteiligten Insolvenzverwaltern und dem Koordinationsverwalter mitgeteilt.**

Artikel 69

Nachträgliches Opt-in durch Insolvenzverwalter

- 1. Jeder Insolvenzverwalter kann im Anschluss an die Entscheidung des Gerichts nach Artikel 68 und im Einklang mit seinem nationalen Recht die Einbeziehung des Verfahrens, für das er bestellt wurde, beantragen, wenn**
 - a) ein Einwand gegen die Einbeziehung des Insolvenzverfahrens in das Gruppen-Koordinationsverfahren erhoben wurde oder**
 - b) ein Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds der Gruppe eröffnet wurde, nachdem das Gericht ein Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet hat.**

- 2. Unbeschadet des Absatzes 4 kann der Koordinationsverwalter einem solchen Antrag nach Anhörung der beteiligten Insolvenzverwalter stattgeben, sofern**
 - a) er sich davon überzeugt hat, dass unter Berücksichtigung des Stands, den das Gruppen-Koordinationsverfahren zum Zeitpunkt des Antrags erreicht hat, die Bedingungen gemäß Artikel 63 Absatz 1 Buchstaben a und b erfüllt sind, oder**
 - b) alle beteiligten Insolvenzverwalter gemäß den Bestimmungen ihres nationalen Rechts zustimmen.**

- 3. Der Koordinationsverwalter unterrichtet das Gericht und die teilnehmenden Insolvenzverwalter über seine Entscheidung gemäß Absatz 2 und über die Gründe dafür.**

- 4. Jeder beteiligte Insolvenzverwalter oder jeder Insolvenzverwalter, dessen Antrag auf Einbeziehung in das Gruppen-Koordinationsverfahren abgelehnt wurde, kann die in Absatz 2 genannte Entscheidung gemäß dem Verfahren anfechten, das im Recht des Mitgliedstaats, in dem das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet wurde, vorgesehen ist.**

Artikel 70

Empfehlungen und Gruppen-Koordinationsplan

- 1. Bei der Durchführung ihrer Insolvenzverfahren berücksichtigen die Insolvenzverwalter die Empfehlungen des Koordinationsverwalters und den Inhalt des in Artikel 72 Absatz 1 genannten Gruppen-Koordinationsplans.**
- 2. Ein Insolvenzverwalter ist nicht verpflichtet, den Empfehlungen des Koordinationsverwalters oder dem Gruppen-Koordinationsplan ganz oder teilweise Folge zu leisten.**

Folgt er den Empfehlungen oder dem Plan nicht, so informiert er die Personen oder Stellen, denen er nach seinem nationalen Recht Bericht erstatten muss, und den Koordinationsverwalter über die Gründe dafür.

2.2 Allgemeine Vorschriften

Artikel 71

Der Koordinationsverwalter

- 1. Der Koordinationsverwalter ist eine Person, die nach dem Recht eines Mitgliedstaats befugt ist, als Insolvenzverwalter tätig zu werden.**
- 2. Der Koordinationsverwalter darf keiner der Insolvenzverwalter sein, die für die Mitglieder der Gruppe bestellt wurden, und es darf kein Interessenkonflikt hinsichtlich der Mitglieder der Gruppe, ihrer Gläubiger und der für Mitglieder der Gruppe bestellten Insolvenzverwalter vorliegen.**

Artikel 72

Aufgaben und Rechte des Koordinationsverwalters

1. Der Koordinationsverwalter

- (a) legt Empfehlungen für die koordinierte Durchführung der Insolvenzverfahren fest und entwirft diese,**
- (b) schlägt einen Gruppen-Koordinationsplan vor, der ein umfassendes Paket von Maßnahmen für einen integrierten Ansatz zur Bewältigung der Insolvenz der Gruppenmitglieder festlegt, beschreibt und empfiehlt. Der Plan kann insbesondere Vorschläge enthalten zu**
 - (i) den Maßnahmen, die zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Solvenz der Gruppe oder einzelner Mitglieder zu ergreifen sind,**
 - (ii) der Beilegung gruppeninterner Streitigkeiten in Bezug auf gruppeninterne Transaktionen und Anfechtungsklagen,**
 - (iii) Vereinbarungen zwischen den Insolvenzverwaltern der insolventen Gruppenmitglieder.**

2. Der Koordinationsverwalter kann zudem

- (a) gehört werden und an jedem Insolvenzverfahren über das Vermögen eines Mitglieds der Unternehmensgruppe, insbesondere durch Teilnahme an der Gläubigerversammlung, mitwirken,**
- (b) bei allen Streitigkeiten zwischen zwei oder mehr Insolvenzverwaltern der Gruppenmitglieder vermitteln,**
- (c) seinen Gruppen-Koordinationsplan den Personen oder Stellen vorlegen und erläutern, denen er aufgrund der nationalen Rechtsvorschriften seines Landes Bericht erstatten muss;**

- (d) von jedem Insolvenzverwalter Informationen in Bezug auf jedes Mitglied der Gruppe anfordern, wenn diese Informationen bei der Festlegung und dem Entwurf von Strategien und Maßnahmen zur Koordinierung der Verfahren von Nutzen sind oder sein könnten, und
 - (e) die Aussetzung des Verfahrens über das Vermögen jedes Mitglieds der Gruppe für bis zu sechs Monate beantragen, sofern die Aussetzung notwendig ist, um die ordnungsgemäße Durchführung des Plans sicherzustellen, und den Gläubigern des Verfahrens, für das die Aussetzung beantragt wird, zugute käme, oder die Aufhebung jeder bestehenden Aussetzung beantragen. Dieser Antrag ist bei dem Gericht zu stellen, das das Verfahren eröffnet hat, für das die Aussetzung beantragt wird.
3. Der in Absatz 1 Buchstabe b genannte Plan darf keine Empfehlungen bezüglich der Konsolidierung von Verfahren oder Insolvenzmassen umfassen.
 4. Die in diesem Artikel festgelegten Aufgaben und Rechte des Koordinationsverwalters dürfen auf kein Mitglied der Gruppe, das nicht am Gruppen-Koordinationsverfahren beteiligt ist, ausgeweitet werden.
 5. Der Koordinationsverwalter übt seine Pflichten unparteiisch und mit der gebotenen Sorgfalt aus.
 6. In Fällen, in denen nach Schätzung des Koordinationsverwalters die Wahrnehmung seiner Aufgaben zu einer – im Vergleich zu der in Artikel 61 Absatz 3 Buchstabe d genannten Kostenschätzung – erheblichen Kostensteigerung führen wird, und in allen Fällen, in denen die Kosten die geschätzten Kosten um 10 % übersteigen, verfährt der Koordinationsverwalter wie folgt:

 - a) er informiert unverzüglich die beteiligten Insolvenzverwalter und
 - b) er holt die vorherige Zustimmung des Gerichts, das das Koordinationsverfahren eröffnet hat, ein.

Artikel 73

Sprachen

- 1. Der Koordinationsverwalter kommuniziert mit dem Insolvenzverwalter eines beteiligten Gruppenmitglieds in der mit dem Insolvenzverwalter vereinbarten Sprache oder mangels einer entsprechenden Vereinbarung in der Amtssprache oder in einer der Amtssprachen der Organe der Europäischen Union, die das Gericht, das das Verfahren gegen dieses Gruppenmitglied eröffnet hat, verwendet.**
- 2. Der Koordinationsverwalter kommuniziert mit einem Gericht in der Amtssprache, die dieses Gericht verwendet.**

Artikel 74

Zusammenarbeit zwischen den Insolvenzverwaltern und dem Koordinationsverwalter

- 1. Die für die Mitglieder der Gruppe bestellten Insolvenzverwalter und der Koordinationsverwalter arbeiten zusammen, soweit diese Zusammenarbeit mit den für das betreffende Verfahren geltenden Vorschriften vereinbar ist.**
- 2. Insbesondere übermitteln die Insolvenzverwalter jede Information, die für den Koordinationsverwalter für die Wahrnehmung seiner Aufgaben von Belang ist.**

Artikel 75

Abberufung des Koordinationsverwalters

Das Gericht ruft den Koordinationsverwalter von sich aus oder auf Antrag des Insolvenzverwalters eines beteiligten Gruppenmitglieds ab, wenn der Koordinationsverwalter

- a) zum Schaden der Gläubiger eines beteiligten Gruppenmitglieds handelt oder**
- b) nicht seinen Verpflichtungen im Rahmen dieses Kapitels nachkommt.**

Artikel 76

Schuldner in Eigenverwaltung

Die in diesem Kapitel für den Insolvenzverwalter geltenden Bestimmungen gelten entsprechend für den Schuldner in Eigenverwaltung.

Artikel 77

Kosten und Kostenaufteilung

- 1. Die Vergütung des Koordinationsverwalters ist angemessen, steht im Verhältnis zu den wahrgenommenen Aufgaben und trägt angemessenen Aufwendungen Rechnung.**
- 2. Nach Erfüllung seiner Aufgaben legt der Koordinationsverwalter die Endabrechnung der Kosten mit dem von jedem Mitglied zu tragenden Anteil vor und übermittelt diese Abrechnung jedem beteiligten Insolvenzverwalter und dem Gericht, das das Koordinationsverfahren eröffnet hat.**
- 3. Legen die einzelnen Insolvenzverwalter innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der in Absatz 2 genannten Abrechnung keinen Widerspruch ein, gelten die Kosten und der von jedem Mitglied zu tragende Anteil als gebilligt. Die Abrechnung wird dem Gericht, das das Koordinationsverfahren eröffnet hat, zur Bestätigung vorgelegt.**
- 4. Im Falle eines Widerspruchs entscheidet das Gericht, das das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet hat, auf Antrag des Koordinationsverwalters oder eines beteiligten Insolvenzverwalters, über die Kosten und den von jedem Mitglied zu tragenden Anteil im Einklang mit den Kriterien gemäß Absatz 1 und unter Berücksichtigung der Kostenschätzung gemäß Artikel 68 Absatz 1 und gegebenenfalls Artikel 72 Absatz 6.**
- 5. Jeder beteiligte Insolvenzverwalter kann die in Absatz 4 genannte Entscheidung gemäß dem Verfahren anfechten, das im Recht des Mitgliedstaats, in dem das Gruppen-Koordinationsverfahren eröffnet wurde, vorgesehen ist.**

KAPITEL VI

DATENSCHUTZ

Artikel 78

Datenschutz

- 1. Sofern keine Verarbeitungsvorgänge im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 der Richtlinie 95/46/EG betroffen sind, finden die nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinie 95/46/EG auf die nach Maßgabe dieser Verordnung in den Mitgliedstaaten durchgeführte Verarbeitung personenbezogener Daten Anwendung.**
- 2. Die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 gilt für die Verarbeitung personenbezogener Daten, die von der Kommission nach Maßgabe der vorliegenden Verordnung durchgeführt wird.**

Artikel 79

Aufgaben der Mitgliedstaaten hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten in nationalen Insolvenzregistern

- 1. Jeder Mitgliedstaat teilt der Kommission im Hinblick auf die Bekanntmachung dieser Informationen auf dem Europäischen Justizportal den Namen der natürlichen oder juristischen Person, Behörde, Einrichtung oder jeder anderen Stelle mit, die nach den nationalen Rechtsvorschriften für die Ausübung der Funktionen eines für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 2 Buchstabe d der Richtlinie 95/46/EG benannt worden ist.**
- 2. Die Mitgliedstaaten schreiben vor, dass die technischen Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der in ihren nationalen Insolvenzregistern nach Artikel 24 verarbeiteten personenbezogenen Daten durchgeführt werden.**

3. **Es obliegt den Mitgliedstaaten, zu überprüfen, dass der gemäß Artikel 2 Buchstabe d der Richtlinie 95/46/EG benannte für die Verarbeitung Verantwortliche die Einhaltung der Grundsätze in Bezug auf die Qualität der Daten, insbesondere die Genauigkeit und die Aktualisierung der in nationalen Insolvenzregistern gespeicherten Daten sicherstellt.**
4. **Es obliegt den Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 95/46/EG, Daten zu erheben und in nationalen Datenbanken zu speichern und zu entscheiden, diese Daten im vernetzten Register, das über das Europäische Justizportal konsultiert werden kann, zugänglich zu machen.**
5. **Als Teil der Information, die betroffene Personen erhalten, um ihre Rechte und insbesondere das Recht auf Löschung von Daten, wahrnehmen zu können, teilen die Mitgliedstaaten betroffenen Personen mit, für welchen Zeitraum ihre in Insolvenzregistern gespeicherten personenbezogenen Daten zugänglich sind.**

Artikel 80

Aufgaben der Kommission im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten

1. **Die Kommission nimmt die Aufgaben des für die Verarbeitung Verantwortlichen gemäß Artikel 2 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 im Einklang mit den diesbezüglich in diesem Artikel festgelegten Aufgaben wahr.**
2. **Die Kommission legt die notwendigen Maßnahmen fest und wendet die notwendigen technischen Lösungen an, um ihre Aufgaben innerhalb des Aufgabenbereichs des für die Verarbeitung Verantwortlichen zu erfüllen.**
3. **Die Kommission gewährleistet durch die dazu erforderlichen technischen Maßnahmen die Sicherheit der personenbezogenen Daten bei der Übermittlung, insbesondere die Vertraulichkeit und Vollständigkeit bei der Übermittlung zum bzw. vom Europäischen Justizportal.**
4. **Die Aufgaben der Mitgliedstaaten und anderer Stellen in Bezug auf den Inhalt und den Betrieb der von ihnen geführten, vernetzten nationalen Datenbanken bleiben von den Verpflichtungen der Kommission unberührt.**

Artikel 81

Informationspflichten

Unbeschadet anderer, den betroffenen Personen im Einklang mit Artikel 11 und 12 der Verordnung (EG) Nr. 45/2001 zu erteilenden Informationen informiert die Kommission die betroffenen Personen durch Bekanntmachung über das Europäische Justizportal über ihre Rolle bei der Datenverarbeitung und die Zwecke dieser Datenverarbeitung.

Artikel 82

Speicherung personenbezogener Daten

Für Informationen von vernetzten nationalen Datenbanken gilt, dass keine personenbezogenen Daten von betroffenen Personen auf dem Europäischen Justizportal gespeichert werden. Sämtliche derartige Daten werden in den von den Mitgliedstaaten oder anderen Stellen betriebenen nationalen Datenbanken gespeichert.

Artikel 83

Zugang zu personenbezogenen Daten über das Europäische Justizportal

Die in den nationalen Insolvenzregistern im Sinne des Artikels 24 gespeicherten personenbezogenen Daten sind solange über das Europäische Justizportal zugänglich, wie sie nach nationalem Recht zugänglich bleiben.

KAPITEL [...] VII

ÜBERGANGS- UND SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Artikel [...] 84

Zeitlicher Geltungsbereich

1. Diese Verordnung ist nur auf solche Insolvenzverfahren anzuwenden, die nach [...] **Beginn ihrer Anwendung** eröffnet worden sind. Für Rechtshandlungen des Schuldners vor [...] **Beginn der Anwendung** dieser Verordnung gilt weiterhin das Recht, das für diese Rechtshandlungen anwendbar war, als sie vorgenommen wurden.
2. **Unbeschadet des Artikels 90 gilt die Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 weiterhin für Verfahren, die in den Geltungsbereich jener Verordnung fallen und vor dem[Datum des Inkrafttretens der vorliegenden Verordnung] eröffnet wurden.**

Artikel 85

Verhältnis zu Übereinkünften

1. [...] **Diese** Verordnung ersetzt in ihrem sachlichen Anwendungsbereich hinsichtlich der Beziehungen der Mitgliedstaaten untereinander die zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten geschlossenen Übereinkünfte, insbesondere
 - a) das am 8. Juli 1899 in Paris unterzeichnete belgisch-französische Abkommen über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
 - b) das am 16. Juli 1969 in Brüssel unterzeichnete belgisch-österreichische Abkommen über Konkurs, Ausgleich und Zahlungsaufschub (mit Zusatzprotokoll vom 13. Juni 1973);

- c) das am 28. März 1925 in Brüssel unterzeichnete belgisch-niederländische Abkommen über die Zuständigkeit der Gerichte, den Konkurs sowie die Anerkennung und die Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen, Schiedssprüchen und öffentlichen Urkunden;
- d) den am 25. Mai 1979 in Wien unterzeichneten deutsch-österreichischen Vertrag auf dem Gebiet des Konkurs- und Vergleichs-(Ausgleichs-)rechts;
- e) das am 27. Februar 1979 in Wien unterzeichnete französisch-österreichische Abkommen über die gerichtliche Zuständigkeit, die Anerkennung und die Vollstreckung von Entscheidungen auf dem Gebiet des Insolvenzrechts;
- f) das am 3. Juni 1930 in Rom unterzeichnete französisch-italienische Abkommen über die Vollstreckung gerichtlicher Urteile in Zivil- und Handelssachen;
- g) das am 12. Juli 1977 in Rom unterzeichnete italienisch-österreichische Abkommen über Konkurs und Ausgleich;
- h) den am 30. August 1962 in Den Haag unterzeichneten deutsch-niederländischen Vertrag über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen;
- i) das am 2. Mai 1934 in Brüssel unterzeichnete britisch-belgische Abkommen zur gegenseitigen Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen mit Protokoll;
- j) das am 7. November 1993 in Kopenhagen zwischen Dänemark, Finnland, Norwegen, Schweden und Irland geschlossene Konkursübereinkommen;
- k) das am 5. Juni 1990 in Istanbul unterzeichnete Europäische Übereinkommen über bestimmte internationale Aspekte des Konkurses;
- l) das am 18. Juni 1959 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen;

- m) das am 18. März 1960 in Belgrad unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Österreich über die gegenseitige Anerkennung und die Vollstreckung von Schiedssprüchen und schiedsgerichtlichen Vergleichen in Handelssachen;
- n) das am 3. Dezember 1960 in Rom unterzeichnete Abkommen zwischen der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien und der Republik Italien über die gegenseitige justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen;
- o) das am 24. September 1971 in Belgrad unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und dem Königreich Belgien über die justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und Handelssachen;
- p) das am 18. Mai 1971 in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen den Regierungen Jugoslawiens und Frankreichs über die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen;
- q) das am 22. Oktober 1980 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik und Griechenland noch in Kraft ist;
- r) das am 23. April 1982 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Zypern über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik und Zypern noch in Kraft ist;
- s) den am 10. Mai 1984 in Paris unterzeichneten Vertrag zwischen der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Regierung der Französischen Republik über die Rechtshilfe und die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil-, Familien- und Handelssachen, der zwischen der Tschechischen Republik und Frankreich noch in Kraft ist;
- t) den am 6. Dezember 1985 in Prag unterzeichneten Vertrag zwischen der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik und der Republik Italien über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen, der zwischen der Tschechischen Republik und Italien noch in Kraft ist;

- u) das am 11. November 1992 in Tallinn unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Lettland, der Republik Estland und der Republik Litauen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen;
- v) das am 27. November 1998 in Tallinn unterzeichnete Abkommen zwischen Estland und Polen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen in Zivil-, Arbeits- und Strafsachen;
- w) das am 26. Januar 1993 in Warschau unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Litauen und der Republik Polen über Rechtshilfe und Rechtsbeziehungen in Zivil-, Familien-, Arbeits- und Strafsachen;
- x) das am 19. Oktober 1972 in Bukarest unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen mit Protokoll;
- y) das am 5. November 1974 in Paris unterzeichnete Abkommen zwischen der Sozialistischen Republik Rumänien und der Französischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen;
- z) das am 10. April 1976 in Athen unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Hellenischen Republik über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;
- aa) das am 29. April 1983 in Nikosia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Republik Zypern über die Rechtshilfe in Zivil- und Strafsachen;

- ab) das am 18. Januar 1989 in Sofia unterzeichnete Abkommen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der Regierung der Französischen Republik über die gegenseitige Rechtshilfe in Zivilsachen;
 - ac) den am 11. Juli 1994 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und der Tschechischen Republik über die Rechtshilfe in Zivilsachen;
 - ad) den am 15. Mai 1999 in Bukarest unterzeichneten Vertrag zwischen Rumänien und Polen über die Rechtshilfe und die Rechtsbeziehungen in Zivilsachen.
2. Die in Absatz 1 aufgeführten Übereinkünfte behalten ihre Wirksamkeit hinsichtlich der Verfahren, die vor Inkrafttreten der [...] Verordnung **(EG) Nr. 1346/2000** eröffnet worden sind.
3. Diese Verordnung gilt nicht
- a) in einem Mitgliedstaat, soweit es in Konkursachen mit den Verpflichtungen aus einer Übereinkunft unvereinbar ist, die dieser Staat mit einem oder mehreren Drittstaaten vor Inkrafttreten [...] der Verordnung **(EG) Nr. 1346/2000** geschlossen hat;
 - b) im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland, soweit es in Konkursachen mit den Verpflichtungen aus Vereinbarungen, die im Rahmen des Commonwealth geschlossen wurden und die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens [...] der Verordnung **(EG) Nr. 1346/2000** wirksam sind, unvereinbar ist.

Artikel 86

Informationen zum Insolvenzrecht der Mitgliedstaaten und der Union

- 1. Die Mitgliedstaaten übermitteln im Rahmen des durch die Entscheidung 2001/470/EG des Rates geschaffenen Europäischen Justiziellen Netzes für Zivil- und Handelssachen eine kurze Beschreibung ihres nationalen Rechts und ihrer Verfahren zum Insolvenzrecht, insbesondere zu den in Artikel 7 Absatz 2 genannten Aspekten, damit die betreffenden Informationen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden können.**
- 2. Diese Informationen werden von den Mitgliedstaaten regelmäßig aktualisiert.**
- 3. Die Kommission macht Informationen bezüglich dieser Verordnung öffentlich verfügbar.**

Artikel 45

[...]

Artikel 87

Einrichtung der Vernetzung der Register

- 1. Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Einrichtung der Vernetzung der Insolvenzregister gemäß Artikel 25. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem Prüfverfahren nach Artikel 5 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates erlassen.**
- 2. Wenn die Kommission Durchführungsrechtsakte nach Absatz 1 erlässt oder ändert, wird sie von einem Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 unterstützt.**

Artikel 88

Erstellung und spätere Änderung von Standardformularen

- 1. Die Kommission erlässt Durchführungsrechtsakte zur Erstellung und erforderlichenfalls Änderung der in Artikel 27 Absatz 4, Artikel 54, Artikel 55 und Artikel 64 Absatz 2 genannten Formulare. Diese Durchführungsrechtsakte werden gemäß dem Beratungsverfahren nach Artikel 4 der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 erlassen.**
- 2. Wenn die Kommission Durchführungsrechtsakte nach Absatz 1 erlässt oder ändert, wird sie von einem Ausschuss im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 182/2011 unterstützt.**

Artikel [...] 89

Überprüfungsklausel

- 1. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens zehn Jahre nach Beginn der Anwendung dieser Verordnung und danach alle fünf Jahre einen Bericht über die Anwendung dieser Verordnung vor. Der Bericht enthält gegebenenfalls einen Vorschlag zur Anpassung dieser Verordnung.**
- 2. Die Kommission legt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens fünf Jahre nach Beginn der Anwendung dieser Verordnung einen Bericht über die Anwendung der Gruppen-Koordinationsverfahren vor. Der Bericht enthält gegebenenfalls einen Vorschlag zur Anpassung dieser Verordnung.**

3. **Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss bis spätestens 1. Januar 2016 nach Inkrafttreten dieser Verordnung eine Studie zu den grenzüberschreitenden Aspekten der Haftung und der Amtsenthebung von Mitgliedern der Geschäftsleitung.**
4. **Die Kommission übermittelt dem Europäischen Parlament, dem Rat und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss spätestens drei Jahre nach Beginn der Anwendung dieser Verordnung eine Studie zur Frage der Wahl des Gerichtsstands in missbräuchlicher Absicht.**

Artikel 90

Aufhebung

1. **Die Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 wird aufgehoben.**
2. **Verweisungen auf die aufgehobene Verordnung gelten als Verweisungen auf die vorliegende Verordnung und sind nach der Entsprechungstabelle in Anhang D zu lesen.**

Artikel [...] 91

Inkrafttreten

1. **Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.**
2. **Sie gilt ab dem ... [24 Monate nach Inkrafttreten der Verordnung] mit Ausnahme von**
 - (a) **Artikel 86 über die Informationen zum Insolvenzrecht der Mitgliedstaaten und der Union, der ab dem ... [zwölf Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] gilt ;**
 - (b) **Artikel 24 Absatz 1 über die Einrichtung von Insolvenzregistern auf nationaler Ebene, der ab dem ... [36 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] gilt, und**
 - (c) **Artikel 25 über die Vernetzung der nationalen Insolvenzregister, der ab dem ... [48 Monate nach Inkrafttreten dieser Verordnung] gilt.**
3. **Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt gemäß den Verträgen unmittelbar in den Mitgliedstaaten.**

Geschehen zu Straßburg am

Im Namen des Europäischen Parlaments Im Namen des Rates

Der Präsident

Der Präsident

ANHANG A

Insolvenzverfahren nach Artikel 2 [...] Absatz 4

BELGIQUE/BELGIË

- La faillite//Het faillissement
- De gerechtelijke reorganisatie door een collectief akkoord/La réorganisation judiciaire par accord collectif,
- **De gerechtelijke reorganisatie door een minnelijk akkoord/ La réorganisation judiciaire par accord amiable,**
- De gerechtelijke reorganisatie door overdracht onder gerechtelijk gezag/La réorganisation judiciaire par transfert sous autorité de justice,
- De collectieve schuldenregeling/Le règlement collectif de dettes,
- De vrijwillige vereffening/La liquidation volontaire,
- De gerechtelijke vereffening/La liquidation judiciaire,
- De voorlopige ontneming van beheer, bepaald in artikel 8 van de faillissementswet/Le dessaisissement provisoire, visé à l'article 8 de la loi sur les faillites,

БЪЛГАРИЯ

- Производство по несъстоятелност,

ČESKÁ REPUBLIKA

- Konkurs,
- Reorganizace,
- Oddlužení,

DEUTSCHLAND

- Das Konkursverfahren,
- Das gerichtliche Vergleichsverfahren,
- Das Gesamtvollstreckungsverfahren,
- Das Insolvenzverfahren,

EESTI

- Pankrotimenetus,
- **Võlgade ümberkujundamise menetlus,**

ÉIRE/IRELAND

- Compulsory winding-up by the court,
- Bankruptcy,
- The administration in bankruptcy of the estate of persons dying insolvent,
- Winding-up in bankruptcy of partnerships,
- Creditors' voluntary winding-up (with confirmation of a court),
- Arrangements under the control of the court which involve the vesting of all or part of the property of the debtor in the Official Assignee for realisation and distribution,
- [...] Examinership,
- Debt Relief Notice,
- Debt Settlement Arrangement,
- Personal Insolvency Arrangement,

ΕΛΛΑΔΑ

- Η πτώχευση
- Η ειδική εκκαθάριση εν λειτουργία,
- Σχέδιο αναδιοργάνωσης,
- Απλοποιημένη διαδικασία επί πτωχεύσεων μικρού αντικειμένου,
- **Διαδικασία Εξυγίανσης,**

ESPAÑA

- Concurso,
- **Procedimiento de homologación de acuerdos de refinanciación,**
- **Procedimiento de acuerdos extrajudiciales de pago,**
- **Procedimiento de negociación pública para la consecución de acuerdos de refinanciación colectivos, acuerdos de refinanciación homologados y propuestas anticipadas de convenio,**

FRANCE

- Sauvegarde,
- **Sauvegarde accélérée,**
- **Sauvegarde financière accélérée,**
- Redressement judiciaire,
- Liquidation judiciaire,

HRVATSKA

- Stečajni postupak,

ITALIA

- Fallimento,
- Concordato preventivo,
- Liquidazione coatta amministrativa,
- Amministrazione straordinaria,
- **Accordi di ristrutturazione,**
- **Procedure di composizione della crisi da sovraindebitamento del consumatore (accordo o piano),**
- **Liquidazione dei beni,**

ΚΥΠΡΟΣ

- Υποχρεωτική εκκαθάριση από το Δικαστήριο,
- Εκούσια εκκαθάριση από μέλη,
- Εκούσια εκκαθάριση από πιστωτές
- Εκκαθάριση με την εποπτεία του Δικαστηρίου,
- Διάταγμα Παραλαβής και πτώχευσης κατόπιν Δικαστικού Διατάγματος,
- Διαχείριση της περιουσίας προσώπων που απεβίωσαν αφερέγγυα,

LATVIJA

- Tiesiskās aizsardzības process,
- Juridiskās personas maksātnespējas process,
- Fiziskās personas maksātnespējas process,

LIETUVA

- Īmonēs restruktūrizavimo byla,
- Īmonēs bankroto byla
- Īmonēs bankroto procesas ne teismo tvarka,
- Fizinio asmens bankroto byla,

LUXEMBOURG

- Faillite,
- Gestion contrôlée,
- Concordat préventif de faillite (par abandon d'actif),
- Régime spécial de liquidation du notariat,
- Procédure de règlement collectif des dettes dans le cadre du surendettement,

MAGYARORSZÁG

- Csődeljárás,
- Felszámolási eljárás,

MALTA

- Xoljiment,
- Amministrazzjoni,
- Stralċ volontarju mill-membri jew mill-kredituri,
- Stralċ mill-Qorti,
- Falliment f'każ ta' **kummerċjant**,
- **Proċedura biex kumpanija tirkupra'**,

NEDERLAND

- Het faillissement,
- De surséance van betaling,
- De schuldsaneringsregeling natuurlijke personen,

ÖSTERREICH

- Das Konkursverfahren (Insolvenzverfahren),
- Das Sanierungsverfahren ohne Eigenverwaltung (Insolvenzverfahren),
- Das Sanierungsverfahren mit Eigenverwaltung (Insolvenzverfahren),
- Das Schuldenregulierungsverfahren,
- Das Abschöpfungsverfahren,
- Das Ausgleichsverfahren,

POLSKA

- Postępowanie naprawcze,
- Upadłość obejmująca likwidację,
- Upadłość z możliwością zawarcia układu,

PORTUGAL

- Processo de insolvência,
- Processo especial de revitalização,

ROMÂNIA

- Procedura insolvenței,
- Reorganizarea judiciară,
- Procedura falimentului,
- **Concordatul preventiv,**

SLOVENIJA

- **Postopek preventivnega prestrukturiranja,**
- Postopek prisilne poravnave,
- **Postopek poenostavljene prisilne poravnave,**
- **Stečajni postopek: stečajni postopek nad pravno osebo, postopek osebnega stečaja and postopek stečaja zapuščine,**

SLOVENSKO

- Konkurzné konanie,
- Reštrukturalizačné konanie,
- **Oddĺženie,**

SUOMI/FINLAND

- Konkurssi/konkurs,
- Yrityssaneeraus/företagssanering,
- **Yksityishenkilön velkajärjestely/skuldsanering för privatpersoner,**

SVERIGE

- Konkurs,
- Företagsrekonstruktion,
- **Skuldsanering,**

UNITED KINGDOM

- Winding-up by or subject to the supervision of the court,
- Creditors' voluntary winding-up (with confirmation by the court),
- Administration, including appointments made by filing prescribed documents with the court,
- Voluntary arrangements under insolvency legislation,
- Bankruptcy or sequestration.

ANHANG [...] B

Insolvenzverwalter nach Artikel 2 [...] Absatz 5

BELGIQUE/BELGIË

- De curator/Le curateur,
- De gedelegeerd rechter/Le juge-délégué,
- De gerechtsmandataris/Le mandataire de justice,
- De schuldbemiddelaar/Le médiateur de dettes,
- De vereffenaar/Le liquidateur,
- De voorlopige bewindvoerder/L'administrateur provisoire,

БЪЛГАРИЯ

- Назначен предварително временен синдик,
- Временен синдик,
- (Постоянен) синдик,
- Служебен синдик,

ČESKÁ REPUBLIKA

- Insolvenční správce,
- Předběžný insolvenční správce,
- Oddělený insolvenční správce,
- Zvláštní insolvenční správce,
- Zástupce insolvenčního správce,

DEUTSCHLAND

- Konkursverwalter,
- Vergleichsverwalter,
- Sachwalter (nach der Vergleichsordnung),
- Verwalter,
- Insolvenzverwalter,
- Sachwalter (nach der Insolvenzordnung),
- Treuhänder,
- Vorläufiger Insolvenzverwalter,
- **Vorläufiger Sachwalter,**

EESTI

- Pankrotihaldur,
- Ajutine pankrotihaldur,
- Usaldusisik,

ÉIRE/IRELAND

- Liquidator,
- Official Assignee,
- Trustee in bankruptcy,
- Provisional Liquidator,
- Examiner,
- Personal Insolvency Practitioner,
- Insolvency Service,

ΕΛΛΑΔΑ

- Ο σύνδικος,
- Ο εισηγητής,
- Η επιτροπή των πιστωτών,
- Ο ειδικός εκκαθαριστής,

ESPAÑA

- Administrador concursal,
- **Mediador concursal,**

FRANCE

- Mandataire judiciaire,
- Liquidateur,
- Administrateur judiciaire,
- Commissaire à l'exécution du plan,

HRVATSKA

- Stečajni upravitelj,
- Privremeni stečajni upravitelj,
- Stečajni povjerenik,
- Povjerenik,

ITALIA

- Curatore,
- Commissario giudiziale,
- Commissario straordinario,
- Commissario liquidatore,
- Liquidatore giudiziale,
- **Professionista nominato dal Tribunale,**
- **Organismo di composizione della crisi nella procedura di composizione della crisi da sovraindebitamento del consumatore,**
- **Liquidatore,**

ΚΥΠΡΟΣ

- Εκκαθαριστής και Προσωρινός Εκκαθαριστής,
- Επίσημος Παραλήπτης,
- Διαχειριστής της Πτώχευσης,

LATVIJA

- Maksātnespējas procesa administrators,

LIETUVA

- Bankroto administratorius,
- Restruktūrizavimo administratorius,

LUXEMBOURG

- Le curateur,
- Le commissaire,
- Le liquidateur,
- Le conseil de gérance de la section d'assainissement du notariat,
- Le liquidateur dans le cadre du surendettement,

MAGYARORSZÁG

- Vagyongfelügyelő,
- Felszámoló,

MALTA

- Amministratur Proviżorju,
- Riċevitur Uffiċjali,
- Stralċjarju,
- Manager Speċjali,
- Kuraturi f'każ ta' proċeduri ta' falliment,
- **Kontrolur Speċjali,**

NEDERLAND

- De curator in het faillissement,
- De bewindvoerder in de surséance van betaling,
- De bewindvoerder in de schuldsaneringsregeling natuurlijke personen,

ÖSTERREICH

- Masseverwalter,
- Sanierungsverwalter,
- Ausgleichsverwalter,
- Besonderer Verwalter,
- Einstweiliger Verwalter,
- Sachwalter,
- Treuhänder,
- Insolvenzgericht,
- Konkursgericht,

POLSKA

- Syndyk,
- Nadzorca sądowy,
- Zarządca,

PORTUGAL

- Administrador de insolvência,
- Administrador judicial provisório,

ROMÂNIA

- Practician în insolvență,
- **Administrator concordatar,**
- Administrator judiciar,
- Lichidator **judiciar,**

SLOVENIJA

- **Upravitelj,**

SLOVENSKO

- Predbežný správca,
- Správca,

SUOMI/FINLAND

- Pesänhoitaja/boförvaltare,
- Selvittäjä/utredare,

SVERIGE

- Förvaltare,
- Rekonstruktör,

UNITED KINGDOM

- Liquidator,
- Supervisor of a voluntary arrangement,
- Administrator,
- Official Receiver,
- Trustee,
- Provisional Liquidator,
- **Interim Receiver,**
- Judicial factor.

ANHANG C

Aufgehobene Verordnung mit Liste ihrer nachfolgenden Änderungen

Verordnung (EG) Nr. 1346/2000 des Rates

(ABl. L 160 vom 30.6.2000, S. 1.)

Verordnung (EG) Nr. 603/2005 des Rates

(ABl. L 100 vom 20.4.2005, S. 1.)

Verordnung (EG) Nr. 694/2006 des Rates

(ABl. L 121 vom 6.5.2006, S. 1.)

Verordnung (EG) Nr. 1791/2006 des Rates

(ABl. L 363 vom 20.12.2012, S. 1.)

Verordnung (EG) Nr. 681/2007 des Rates

(ABl. L 159 vom 20.6.2007, S. 1.)

Verordnung (EG) Nr. 788/2008 des Rates

(ABl. L 213 vom 8.8.2008, S. 1)

Durchführungsverordnung (EU) des Rates Nr. 210/2010

(ABl. L 65 vom 13.3.2010, S. 1)

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 583/2011 des Rates

(ABl. L 160 vom 18.6.2011, S. 52)

Verordnung (EU) Nr. 517/2013 des Rates

(ABl. L 158 vom 10.6.2013, S. 1)

Durchführungsverordnung (EU) Nr. 663/2014 des Rates

(ABl. L 179 vom 19.6.2014, S. 4)

Akte über die Bedingungen des Beitritts der Tschechischen Republik, der Republik Estland, der Republik Zypern, der Republik Lettland, der Republik Litauen, der Republik Ungarn, der Republik Malta, der Republik Polen, der Republik Slowenien und der Slowakischen Republik und die Anpassungen der die Europäische Union begründenden Verträge

(ABl. L 236 vom 23.9.2003, S. 33)

ANHANG D

Entsprechungstabelle

Verordnung 1346/2000	In dieser Verordnung wird Folgendes festgelegt:
Artikel 1	Artikel 1
Artikel 2 Eingangsteil	Artikel 2 Eingangsteil
Artikel 2 Buchstabe a	Artikel 2 Nummer 4
Artikel 2 Buchstabe b	Artikel 2 Nummer 5
Artikel 2 Buchstabe c	–
Artikel 2 Buchstabe d	Artikel 2 Nummer 6
Artikel 2 Buchstabe e	Artikel 2 Nummer 7
Artikel 2 Buchstabe f	Artikel 2 Nummer 8
Artikel 2 Buchstabe g Eingangsteil	Artikel 2 Nummer 9 Eingangsteil
Artikel 2 Buchstabe g erster Gedankenstrich	Artikel 2 Nummer 9 Ziffer vii
Artikel 2 Buchstabe g zweiter Gedankenstrich	Artikel 2 Nummer 9 Ziffer iv
Artikel 2 Buchstabe g dritter Gedankenstrich	Artikel 2 Nummer 9 Ziffer viii
Artikel 2 Buchstabe h	Artikel 2 Nummer 10
–	Artikel 2 Nummern 1 bis 3 und 11 bis 13
–	Artikel 2 Nummer 10 Ziffern i bis iii, v, vi
Artikel 3	Artikel 3
–	Artikel 4
–	Artikel 5
–	Artikel 6
Artikel 4	Artikel 7
Artikel 5	Artikel 8
Artikel 6	Artikel 9

Artikel 7	Artikel 10
Artikel 8	Artikel 11 Absatz 1
–	Artikel 11 Absatz 2
Artikel 9	Artikel 12
Artikel 10	Artikel 13 Absatz 1
–	Artikel 13 Absatz 2
Artikel 11	Artikel 14
Artikel 12	Artikel 15
Artikel 13	Artikel 16
Artikel 14	Artikel 17
Artikel 15	Artikel 18
Artikel 16	Artikel 19
Artikel 17	Artikel 20
Artikel 18	Artikel 21
Artikel 19	Artikel 22
Artikel 20	Artikel 23
–	Artikel 24
–	Artikel 25
–	Artikel 26
–	Artikel 27
Artikel 21 Absatz 1	Artikel 28 Absatz 2
Artikel 21 Absatz 2	Artikel 28 Absatz 1
Artikel 22	Artikel 29
Artikel 23	Artikel 30
Artikel 24	Artikel 31

Artikel 25	Artikel 32
Artikel 26	Artikel 33
Artikel 27	Artikel 34
Artikel 28	Artikel 35
–	Artikel 36
Artikel 29	Artikel 37 Absatz 1
–	Artikel 37 Absatz 2
–	Artikel 38
–	Artikel 39
Artikel 30	Artikel 40
Artikel 31	Artikel 41
–	Artikel 42
–	Artikel 43
–	Artikel 44
Artikel 32	Artikel 45
Artikel 33	Artikel 46
Artikel 34 Absatz 1	Artikel 47 Absatz 1
Artikel 34 Absatz 2	Artikel 47 Absatz 2
Artikel 34 Absatz 3	–
–	Artikel 48
Artikel 35	Artikel 49
Artikel 36	Artikel 50
Artikel 37	Artikel 51
Artikel 38	Artikel 52
Artikel 39	Artikel 53

Artikel 40	Artikel 54
Artikel 41	Artikel 55
Artikel 42	–
–	Artikel 56
–	Artikel 57
–	Artikel 58
–	Artikel 59
–	Artikel 60
–	Artikel 61
–	Artikel 62
–	Artikel 63
–	Artikel 64
–	Artikel 65
–	Artikel 66
–	Artikel 67
–	Artikel 68
–	Artikel 69
–	Artikel 70
–	Artikel 71
–	Artikel 72
–	Artikel 73
–	Artikel 74
–	Artikel 75
–	Artikel 76
–	Artikel 77

–	Artikel 78
–	Artikel 79
–	Artikel 80
–	Artikel 81
–	Artikel 82
–	Artikel 83
Artikel 43	Artikel 84 Absatz 1
–	Artikel 84 Absatz 2
Artikel 44	Artikel 85
–	Artikel 86
Artikel 45	–
–	Artikel 87
–	Artikel 88
Artikel 46	Artikel 89 Absatz 1
–	Artikel 89 Absätze 2 bis 4
–	Artikel 90
Artikel 47	Artikel 91
Anhang A	Anhang A
Anhang B	–
Anhang C	Anhang B
–	Anhang C
–	Anhang D